

■ Wald in höchster Not

Für ein vorsintflutliches Biomassekraftwerk wollen die Leipziger Stadtwerke in der Dübener Heide 160jähriges Laubholz verbrennen, mehr als dort je wachsen kann. **Seite 3**

■ Schkeuditz in kultureller Not

„Wir veranstalten bei jedem Pups ein Feuerwerk, damit uns ja nicht selbst ein Licht aufgeht“, schreibt Gunter Preuß an seinen Bürgermeister **Seite 4**

■ Jubel und Depression

Ein Tag in Berlin **Seite 9**

■ Links oder lahm

Aufsätze über eine neue Partei **Seite 11**

17

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
25. August

www.
leipzigs-
neue.de

Unsere Welt nach dem Krieg



Dieses Poster von Sam Smith ist zusammen mit anderen politischen Plakaten, Fotos und Postkarten von Leipziger und internationalen Künstlern am **1. September zwischen 16 und 20 Uhr an der Leipziger Moritzbastei** zu sehen. Gezeigt werden auch die Ergebnisse eines internationalen Kinder-Malwettbewerbes. Anlässlich des Weltfriedenstages laden Vereine, Künstlerinnen und Initiativen alle Bürgerinnen und Gäste der Stadt Leipzig zum

3. Leipziger Friedensforum

Auf der Hauptbühne (Treppe zum Aufgang der Moritzbastei-Gastronomie) gibt es nach 16 Uhr einen **Liederauftakt** und vor allem „**Lauter böse Worte gegen Kriegstreiber**“ (literarische Lesung mit Marlene Stamerjohanns und Volly Tanner). Nach 17 Uhr stellen sich Leipziger Vereine und Initiativen vor, ein Straßentheater aus Halle demonstriert den **Protest gegen die NATO-Nutzung**

des Schkeuditzer Flughafens. Anschließend **Verleihung des Sächsischen Frauenfriedenspreises** „Lysistrata 2006“. **Lesezeiten** widmen sich Texten von Susan Sonntag, Bert Brecht und Jean Ziegler. Auf dem Diskussionspodium steht die Frage zur Debatte: **Wie weiter nach dem Waffenstillstand in Nahost?** *Interview Seite 2*

Diplomatie in Bushs Garderobe entsorgt

Politiker und auch die Spezies Minister schwimmen natürlich nicht auf einer Wurstsuppe daher. Das sagt man nicht. Das wäre diffamierend. Um aber im Bild zu bleiben: Ein Fleischer kann nur werden – und auch nur überleben in seinem Beruf –, wer sein Handwerk von der Pieke auf gelernt hat, wer vorschriftsmäßig schlachten und die Tiere ordentlich nach Fleischsorten zerlegen kann, wozu gewiss mehr als nur ein scharfes Messer gehört. Ehe sich einer Fleischer nennen darf, muss er die Geheimnisse des Wurstmachens studieren und etwas von einem guten Schinken verstehen, von Gewürzen und Rezepturen ... und natürlich auch von einer richtigen Wurstsuppe. Aber das genügt nicht. Der Berufsschullehrplan nennt neben Fachkompetenz auch andere Bildungsziele. Da wird von Sozialkompetenz oder von kommunikativer Kompetenz gesprochen. Da geht es im einzelnen um solche Kernprobleme unserer Zeit wie das „friedliche Zusammenleben von Menschen, Völkern und Kulturen, um die „Gewährung der Menschenrechte“ ... Der Frieden ist so ein Recht. Weiß das ein Politiker heutzutage? Aber Politiker kann sich ja jeder Schulabbrecher nennen.

Eine längst rhetorische, eine sinnlos überflüssige Frage: Welche Qualifikation haben unsere Fachminister für ihre Portefeuilles, die sie mitunter so häufig wechseln, wie unsereins nicht den Sommer- und den Wintermantel? Man schafft es ja kaum noch, sich die Namen und die Gesichter zu den Ämtern zu merken. Wozu auch? Alles eine einzige trübe Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Volk, das die Brühe auszulöffeln hat. – Oder glaubt jemand, dass beispielsweise der Finanzminister wirklich etwas von Ökonomie versteht? Ich sage nur Mehrwertsteuererhöhung. Und jetzt noch: Alterssicherung statt Urlaub.

Ganz schlimm ist, wenn ein Parteisoldat als Außenminister wie ein Rhinozeros durch die Weltpolitik trampelt. Gewisse diplomatische Fähigkeiten, die dem Mann immerhin nachgesagt wurden, muss er inzwischen bei Bush in der Garderobe abgegeben haben, wo weiß Gott schon genug Diplomatie vor sich hinschimmelt.

Nicht, dass ein syrischer Staatschef sich viel daraus machen würde, wenn ein Deutscher ihn in die Wade beißen will. Aber, das ist vielleicht an unserem Außenminister vorübergegangen: Er war in der sensibelsten Region der Erde. Im Libanon, in Palästina, in Israel brennt die Luft. Und was macht der Mann, statt alle diplomatischen Künste der Welt zu aktivieren. Er aber sagt beleidigt einen Besuch ab, weil Assad eine eigene Meinung hat! Und die auch noch ausspricht. Da muss ein deutscher Außenminister von Merkels Gnaden einfach gnaten. Wäre es nur nicht so ernst. Wäre der Skandal nicht letzter Beleg, dass sich die deutsche Regierung endgültig der USA-Administration und ihren herrschaftspolitischen Arroganzen ausgeliefert hat.

Am 1. September ist Weltfriedenstag. Bushs Busenfreundin Merkel wird doch nicht, wie einst ihr Ziehvater, auf die Idee kommen, in Bitburg einen Kranz niederzulegen.

• M. WARTELSTEINER

● **LN:** Das Leipziger Friedenszentrum drängt mit seinen Aktivitäten zunehmend an die Öffentlichkeit. Zum Weltfriedenstag am 1. September laden Sie zusammen mit zahlreichen Unterstützern zum 3. Friedensforum an die Moritzbastei ein.

Peter Vonstein: Hier muss ich wirklich unterstreichen, dass es zahlreiche Initiativen sind, die sich diesem Friedensforum verschrieben haben, angefangen von Attac Leipzig über den Bund der Antifaschisten, die AG Lisa, Cuba Si, Ostermarsch e. V., KPD Leipzig, das Sozialforum, die Vereinigung arabischer Studenten und Akademiker, die AG Flughafen natofrei, die Regionalgruppe von peace brigades international, das Komitee für Gerechtigkeit, Friedensweg e. V., die Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, die Linke.PDS und natürlich der Studentenclub Moritzbastei, der uns nicht zuletzt mit seinem Gelände und seinen Räumlichkeiten unterstützt. Wir alle zusammen sind schon eine gewichtige politische Kraft. Wobei wir den Tag auch nutzen, um uns den Bürger vorzustellen und um unsere eigene Arbeit zu koordinieren, uns auszutauschen. Angesichts der Kriege in der Welt, an denen Deutschland zunehmend teilhat, ist solche Vernetzung für künftige Protestaktionen lebensnotwendig.

● **LN:** Sie haben aber auch Kontakte zu Künstlern aktiviert.

Das liegt uns sehr am Herzen, weil Künstler nicht zuletzt über emotionale Mittel verfügen, um prägnante Wahrheiten über Krieg und Frieden zu vermitteln. Die andere Seite ist,



Kommt zum Friedensforum!

LN im Gespräch mit Peter Vonstein, Vorstandsmitglied im Leipziger Friedenszentrum e. V.

dass viele den Glauben daran verloren, dass ihr Wort gehört wird und sich deshalb in ihr stilles Kämmerlein zurückgezogen haben. Mit Ausstellungen und auch weiterwirkenden Aktionen – zum Beispiel den Druck der jetzt gezeigten Poster als Postkarten – wollen wir auch beweisen, dass das politische Plakat mitnichten an Bedeutung verloren hat. Auch wenn Plakatkunst heute vornehmlich laut und bunt und werbeorientiert ist. Ebenso wichtig sind uns die Lesungen im öffentlichen Raum, wo wir ganz fest auch mit zufälligen Zuhörern und Wirkungen auf sie rechnen.

● **Nach dem 1. und 2. Friedensfest das 3. Friedensforum. Warum der neue Name?**

Das hat zum einen mit der politischen Situation zu tun, es gibt ja derzeit keinen Frieden zu feiern. Dafür ist viel politische Arbeit notwendig. Die werden wir nach unseren Möglichkeiten leisten. Siehe oben, wir wollen den Erfahrungsaustausch, wollen Plattform sein für viele andere Friedensfreunde. Und wir wollen in diesem Sinne viel mehr Öffentlichkeit.

Allerdings, wir vom Friedenszentrum distanzieren uns bewusst von solchen unpolitischen Aktionen wie „Laufen für den Frieden“. Ebenso wie es fahrlässig ist zu glauben, man komme den Nazis bei, wenn man vor ihnen Konfetti auf die Straße streut.

● **Nun gilt es nur noch, dass die Infostände, die Foren, die Lesestunden, die Kindervergnügen viel Anklag finden.**

Wir haben viel gewonnen, zum Beispiel bei den Montagsmahnwachen. In der großen Leipziger Tageszeitung ist der Rechtsruck zwar deutlich spürbar, dennoch hoffen wir, dass unsere Konzentration auf die Zusammenarbeit mit Künstlern, dort doch die eine oder andere Zeile möglich und damit noch mehr Leipziger auf uns aufmerksam macht. Jedenfalls sind wir als Friedenszentrum fest entschlossen, eine in Leipzig nicht mehr zu übersehende Instanz zu werden. Nur zum Vormerken: Zum nächsten Tag des freien Buches, am 10. Mai 2007, soll es beispielsweise endlich wieder einen richtigen Leipziger Büchermarkt geben.

Verräterische Wortwahl

Es gab wieder eine Schlagzeile, die dieser Tage millionenfach gedruckt und unübersehbar an den Kiosken prangte: „Schröder adoptiert Russenkind“.

Nun ist das Ganze wirklich zuallererst eine Familienangelegenheit des abgewählten Kanzlers.

Nur: „Russenkind“. Wer sich ein bisschen Sensibilität für die deutsche Sprache bewahrt kann, kann über diese Formulierungsbrutalität einfach nur fassungslos sein. Denn nach dem Russenkind, könnte ein Judenkind oder auch ein Kommunistenbald folgen.

Der sensible Sprachwissenschaftler Victor Klemperer beobachtete vor Jahrzehnten sehr genau den Sprachverfall unter den Nazis. Und er verwies sehr präzise auf distanzierende, ja gemeine Formulierungen.

Lang ist her, möchte man glauben. Das „Russenkind“ ist im August 2006 unüberlesbare Sprachhetze. Warum schreibt man nicht „ein Kind aus Petersburg“, wenn man schon Petrograd nicht in die Tastatur bekommt. Für Klemperer war Sprache auch eine „Balancierstange über dem Abgrund“. Bestimmte Teile unserer Gesellschaft stürzen bereits ...

• -CK



Foto: Schinkel

Die Abbruch-Schande nimmt ihren Lauf

LN. Wieder ein schwarzer Tag für Leipzig. Am 21. August hoben Kräne das Karl Marx gewidmete Relief „Aufbruch“ vom Hauptgebäude der Leipziger Universität. Rektor Häuser hatte vor einiger Zeit – sich als Wissenschaftler selbst demontierend – gemeint, die Uni würde sich mit Marx als Aushängeschild international blamieren. Blamabel war dann vor allem die Diskussion über die weitere Verwendung der massiven Bronze.

Nun wird sie erst mal zerstückelt und auf einem Betriebshof der Uni „zwischenlagert“.

Wachstumseuphorie unangebracht

Die Tatsache, dass im zweiten Quartal 2006 das Bruttoinlandsprodukt um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorquartal zugenommen hat, lässt keineswegs auf ein anhaltendes und hohes Wirtschaftswachstum schließen und erst recht nicht auf einen Aufschwung am Arbeitsmarkt. Ein Wirtschaftswachstum von 1,8 bis 2 Prozent (das höchste seit dem Jahr 2000) bedeutet keineswegs das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Denn: Die Binnennachfrage kommt nicht vom Fleck, weil die privaten Konsumausgaben nicht ansteigen. Die wichtigste Ursache hierfür ist das sinkende Masseneinkommen. Haushalte mit weit überdurchschnittlichem Einkommen, d.h. mit Gewinneinkommen, können diese Lücke nicht ausgleichen, ihr Geld wandert zur Bank. Wobei die Zinserhöhung durch die Europäische Zentralbank die kreditfinanzierte Nachfrage nach Konsumgütern und Wohnbauten weiter dämpfte. Im kommenden Jahr werden die Konsumausgaben kräftig sinken. Denn wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte werden 100 Euro Konsumausgaben nur noch eine Produktion im Wert von rund 97 Euro auslösen. Die fehlenden drei Euro fließen in die Kasse des Staates. Der aber investiert das Geld nicht, sondern verringert damit nur seine Neuverschuldung.

Folglich hängt die deutsche Konjunktur mehr denn je vom Export ab. Und da sind die Aussichten nicht besonders gut. Das Wachstum in den USA wird sich von nahezu fünf Prozent in den letzten Jahren auf die Hälfte verringern. Dies hat zwei Gründe: Die Zentralbank hat die Zinsen kräftig erhöht, und die hohen Ölpreise sorgen dafür, dass die Haushalte weniger Geld für andere Produkte ausgeben können, so auch für importierte Waren. Für die anderen Länder bedeutet dies niedrigere Exporte in die USA. In Deutschland hat sich die Dynamik im Außenhandel bereits im zweiten Quartal leicht abgekühlt, wie die jüngsten Zahlen des Statistikamtes belegen.

• HERBERT SCHUI

LESER MEINEN

UN-Generalsekretär Kofi Annan ist „tief betroffen“ darüber, dass Israel (wieder einmal) eine Resolution des UN-Sicherheitsrates missachtete und die vereinbarte Waffenruhe gebrochen hat. Weiß Kofi Annan überhaupt, wie viele UN-Resolutionen Israel bereits negiert hat? Langsam, aber sicher gewinnt man den Eindruck, dass sich Israel alles erlauben darf und in den Medien auch noch verteidigt wird, indem die Ursachen für den Terrorismus einfach verschwiegen oder nur mit Halbwahrheiten dargestellt werden.

Es darf einfach nicht sein, dass Europa den Stellvertreterkrieg unterstützt und die Schäden, die Israel angerichtet hat, reparieren soll.

Wer soll den zerbombten Libanon wieder aufbauen? Wer beseitigt die Schäden der Umweltkatastrophe im Mittelmeer, die Ölpest, nachdem Israel das libanesische Kraftwerk bombardiert? Wieso verweigert der angeblich „einzig demokratische

Kritik an Israels Kriegen ist kein Antisemitismus

Nach dem wochenlangem Nahostkrieg Israels gegen Libanon und die Palästinensergebiete verziehen sich allmählich die Nebelschwaden der Desinformation. Israel schuf durch eine Provokation den Anlass für die dann sofort eingeleiteten militärischen Aktivitäten aus der Luft und zu Lande gegen den souveränen Staat Libanon. Es gab keine der sonst üblichen diplomatischen Verhandlungen zur Gefangenenbefreiung.

Das kann nur bedeuten: Dieser Krieg war geplant

Warum darf Israel das alles?

Staat“ im Nahen Osten (so Michel Friedman) humanitären Hilfstransporten die Fahrt in den Libanon? Warum darf Israel demokratisch gewählte (unter Teilnahme internationaler Beobachter) Abgeordnete der Palästinenser gefangen halten? Es scheint, dass Israel vieles darf; u. a. palästinensisches Gebiet besetzt halten, Menschenrechte verletzen, Atomwaffen besitzen, Kollateralschäden bagatellisieren usw.

Es geht Israel schon lange nicht mehr um einen Soldaten, der auf libanesischem!! (nicht israelischem) Territorium gefangen genommen wurde, sondern es geht um Krieg mit allen Mitteln.

Zu DDR-Zeiten spottete der Volksmund „kleiner zänkischer Staat an der Grenze zu ...“; es wiederholt sich eben vieles, aber die DDR hat wenigstens keine Kriege geführt.

BRIGITTE JANSEN,
LEIPZIG

und vorbereitet! Nur so kann man Äußerungen von US-Politikern und israelischen Ministern über ein „neues Gesicht des Nahen Ostens“ verstehen. Sichtbar ist, dass Israel dabei mit voller Unterstützung der USA und auch der deutschen Regierung handelt. Immer klarer wird das strategische Ziel, die Herstellung der Vorherrschaft der USA und ihres „Stellvertreters“ Israel im gesamten Nahen Osten. Das kann zu einem großen Kriegsbrand führen

Es ist entschieden abzulehnen, Kritik an diesem völkerrechtswidrigen Krieg als „Antisemitismus“ zu diffamieren, wie das jetzt immer öfter geschieht.

GÜNTER HARTMANN,
NEUBRANDENBURG

Zuerst der Fakt, den in Zeiten, in denen fossile Energieträger immer weniger werden, mancher womöglich unkritisch zur Kenntnis nimmt: Die Stadtwerke Leipzig wollen in Wittenberg-Piesteritz/Apollendorf (Sachsen-Anhalt) noch in diesem Jahr mit dem Bau eines Biomassekraftwerkes auf der Basis der Verbrennung durch Laubholz beginnen. Das Kraftwerk soll eine Leistungsfähigkeit vom 20 MW haben. Benötigt werden dafür jährlich bis zu 185 000 Tonnen Laubholz, unbehandelt und im Stück (die Stadtwerke nannten im Februar auf Anfrage 85 000 Tonnen, was auch schon 135 000 Festmetern entsprechen würde). Das Langholz soll „im wesentlichen“ aus der Dübener Heide und dem Fläming kommen, das Einzugsgebiet aus wirtschaftlichen Gründen 50 bis 60 km nicht überschreiten (eine solche Forderung kennen wir bereits von der Deponie Cröbern, die heute vom Mülltourismus lebt). Der Kraftwerksbetrieb ist für 20 Jahre vorgesehen.

Mit Bio als Bezeichnung für natur- (und menschen-)schonend hat dieses Biomassekraftwerk nichts zu tun. Im Gegenteil.

Warum aber wollen die Stadtwerke ausgerechnet Stammholz, im Klartext, bis zu 160-jährige Buchen und Eichen, durch den Schornstein jagen? Und das für einen energetischen Wirkungsgrad von am Ende gerade mal 36 Prozent? Schließlich gibt es eine von Bürgern und Fachleuten als Alternative vorgeschlagene Biogasanlage auf der Basis von Rapschrot. Sie brächte den gleichen Nutzen, auch eine Verstromung wäre möglich. Für diese Variante spräche allerhand. Denn ebenfalls im sachsen-anhaltischen Piesteritz wird zur Zeit eine Biodieselanlage auf Rapsbasis gebaut. Der dabei anfallende Rapschrot wird nur zu Hälfte als Futtermittel benötigt. Der Rest könnte energetisch in Form von Biogas – mit der Qualität von Erdgas – verwendet werden. Technologisch ist das außerordentlich umweltfreundliche, in Wittenberg entwickelte Verfahren perfekt. Keine Abluftbelastung (CO₂, z. B. wird wirtschaftlich verwertet), kein Lärm, kein Staub, keine Belästigung durch Transporte (Faktoren, die bei Stadtwerke-Variante massiv ins Gewicht fallen).

Was treibt die Stadtwerke wirklich?

Könnte es sein, so munkelt man in der Heide, dass angesichts solcher von den Leipziger Stadtwerken weggewischter Vorteile noch viel mehr unsauber ist, als „nur“ der äußerst kriminelle Umgang mit der Naturressource Wald selbst? Könnte es sein, dass den „in besonderer Verantwortung für die Umwelt“ stehenden Stadtwerken die Heide wurscht ist, weil der Bau solcher musealer Kraftwerke sinnigerweise vom Bund auch gefördert wird? Bei dem von der Geschäftsführung angedachten, nicht minder bürgerfeindlichen Verkauf der Leipziger Stadtwerke könnte ein staatlich gefördertes Kraftwerk eine lukrative Zugabe sein ...

Müssen da nicht alle Alarmglocken bei den Leipziger Stadträten läuten, wenn aus dem Westen eingeflogene Geschäftsführer, der eine mit Hamburger, der andere mit Sindelfinger Wurzeln, rücksichtslos dubiose Interessen durchsetzen, auf Kosten eines einzigartigen Waldgebietes im mitteldeutschen Raum, vom dem auch



wir Sachsen zehren? Und das notabene schon genug durch Privatisierung des Staatsforstes, durch Riesenkiesgrube, Gewerbegebietsbrache und angedrohten Autobahnbau gebeutelt ist!

Die Wittenberger Stadträte jedenfalls, von deren Baugenehmigung der Frevel letztlich abgehängt, sind ziemlich gespalten (ein paar Arbeitsplätze scheinen ja heute sogar die Produktion von Landminen zu rechtfertigen), die Bürger sind sowieso empört. Eine Anhörung dort mit Vertretern der Leipziger Stadtwerke, die die Linkspartei.PDS Ende Juni organisiert hatte, bescherte einen krachendvollen Rathaussaal und demonstrierte mit vielen Wortmeldungen Volkes kluge Meinung gegen das natur- und menschenfeindliche Stadtwerke-Ansinnen und für solide andere Kraftwerksvarianten. Kurz: Da war Zorn, aber auch Sachkunde. Genau das fehlte, als die Wittenberger Stadtverwaltung – nicht ganz so demokratisch wie die PDS, um nicht zu sagen klammheimlich – ebenfalls zu einer Anhörung einlud, mit 20 handverlesenen, garantiert unkritischen Gästen und einem Moderator, der die einzige brenzlige Frage, wo denn das Holz für das Kraftwerk herkom-

men solle, einfach abwürgte. Das sei doch nicht die Frage.

Offensichtliche Fehlkalkulation – warum?

Das ist aber eine sehr entscheidende Frage. Siegfried Jahn, ein alteingesessener Heide-Forstmann, hatte nämlich auf der PDS-Anhörung nachgewiesen, dass die Kalkulation der Leipziger Stadtwerke blauäugig (oder bewusst irreführend?) ist. Der Staatliche Forstwirtschaftsbetrieb „Dübener Heide“ hat zu DDR-Zeiten – die durchschnittlichen Zuwachsstleistungen berücksichtigend – jährlich etwa 100 000 Festmeter eingeschlagen, die allerdings neben den schwachen Sortimenten aus Pflegehieben zu 85 Prozent aus Kiefernholz bestanden, weil das nun einmal die Hauptholzart in der Heide ist. Wie, so fragte Jahn, sollen anderthalb mal mehr Festmeter – und das 20 Jahre lang – aus einem Umfeld von 50 bis maximal 60 Kilometern gewonnen werden, ohne die Heide ratzekahl abzuholzen? Denn bei einem Jahresbedarf von mindestens 160 000 Festmetern und einem möglichen Zuwachs von vier bis fünf Festmetern je Hektar müsste in der Dübener Heide aus-

Folgende Sätze entstammen keiner Satirezeitschrift.

Wir fanden sie auf der Internetseite der Leipziger Stadtwerke, beispielsweise in deren jüngstem Umweltschutz-Bericht:

Als kommunales Energieversorgungsunternehmen stehen die Stadtwerke Leipzig (Stadtwerke) in besonderer Verantwortung für die Umwelt. Dieses Verantwortungsbewusstsein reicht von der ressourcenschonenden Bezugs- und Einsatzplanung über rationelle Energieumwandlung bis hin zur sparsamen Verwendung der Energie durch unsere Kunden. ...

Die Stadtwerke haben einen hohen Umweltstandard erreicht ... Auf diesem Status wollen wir uns jedoch nicht ausruhen.

Auch in einem liberalisierten Strommarkt wollen wir das Qualitätsmerkmal „Umweltorientiertes Unternehmen“ durch kontinuierliche Verbesserung unserer Umweltleistungen festigen.

schließlich Laubholz wachsen, um die benötigte Menge ernten zu können.

Wo also soll das Holz wirklich herkommen? Lediglich von einer Milchmädchenrechnung der Leipziger Stadtwerke zu sprechen, würde eine äußerst undurchsichtige Politik nur beschönigen.

Wobei: Die Kahlschläge in den Kiefernbeständen – dem profitgierigen Raubbau der neuen Privatbesitzer zu verdanken – füllen schon eine lange Liste und lassen wenig Hoffnung für die Zukunft unserer grünen, sauerstoffproduzierenden Lunge aufkommen. Das Grundprinzip der Forstwirtschaft, das Prinzip der Nachhaltigkeit, ist nach den Privatisierungen und der jetzt über die sachsen-anhaltischen Forste hereingebrochenen Forst-„reform“ ohnehin nicht mehr durchsetzbar. Mit intelligenten Lösungen ist in diesem Land kaum mehr zu rechnen. Sie würden Intelligenz bei den Verantwortungsträgern, oder wenigstens Verantwortung voraussetzen.

Heide verwahrlost im neuen Deutschland

Täglich 40 LKW mit Laubholzstämmen, die das Kraftwerk zu seiner Auslastung braucht, sind eine kriminelle Tat an Mensch und Natur. Sie bedeuten giftige Abgase, Lärm, Schmutz. Die beiden Kurorte Bad Schmiedeberg und Bad Döben, die in den Laubholzregionen der Heide liegen, werden ihren Kurortcharakter wohl bald verlieren. Die Tiefbrunnen, auch zuständig für Leipzigs Trinkwasserversorgung, können bei dem geplanten Totkahlschlag austrocknen. Die Artenvielfalt des Naturparks „Dübener Heide“ mag für heutige Verhältnisse noch spektakulär sein, bedroht ist sie längst. Von der Sauerstoffproduktion für unsere Region war schon die Rede. Nicht aber vom Lärm und von den Erschütterungen, wenn das Langholz in Piesteritz gehackt wird, ehe es in die Öfen kommt, die ein Weiteres beitragen zum Klimawandel.

Was schert das alles ein kapitalistisches Unternehmen, das nur noch dem Briefkopf nach als „Leipziger“ Stadtwerke firmiert und das ein lukratives Geschäft wittert. Was für eines denn, wenn eine kostengünstige, effektive Alternative wie ein Kraftwerk auf Rapschrotbasis einfach ignoriert werden kann?

Und, nur nebenbei: Ein Schildbürgerstreich der besonderen Art wäre es – wie inzwischen von der Stadtverwaltung Wittenberg „angedacht“ – eine hochmoderne Biogasanlage neben dem technisch überholten und ökologisch untragbarem Holzkraftwerk zu errichten. Für einen unbeteiligten Betrachter eine Schau der Extreme ... Warum trotzdem die alte Technologie?

Geharnischter Protest von uns allen ist angesagt

NABU, der Schutzbund Deutscher Wald, zahlreiche kleinere Umweltverbände, Heidebewohner und auch Fachleute von außerhalb haben sich bereits in die Protestfront gegen dieses Holzkraftwerk eingereiht. Jeder Leipziger mit Gewissen und Verantwortung für die Zukunft sollte das auch tun. Im September, wenn der Wittenberger Stadtrat tagt und womöglich die Baugenehmigung für die Leipziger Stadtwerke erteilt, ist alles zu spät.

*

Richten Sie Ihren Protest, der gleichzeitig eine Entscheidungshilfe für noch zögerliche Stadträte sein kann, an den Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Wittenberg, Herrn Popp, Neues Rathaus, Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

• MAXI WARTELSTEINER



Freie Fahrt

Mit der Freigabe der letzten Teilstücke der A 38 wurde der Autobahnring um Leipzig geschlossen. Die Stadtratsfraktion Linke.PDS erwartet, dass dies nach einer Phase der Verkehrsneustrukturierung auch zu einer spürbaren Entlastung im Stadtgebiet in den kommenden Monaten führen wird. Zur Erinnerung: 1991 hatten sich in einem Workshop zur Verkehrsentwicklung in Leipzig Vertreter der Verwaltung und des Fachausschusses Planung für einen solchen Autobahnringabschluss ausgesprochen. In den Folgejahren wurde deshalb auf eine möglichst stadtnahe Trassenführung gedrängt, gegen Vorstellungen einer Trasse in der Nähe Bornas. Auch so genannte Auewaldquerungen schieden aus. Mit der jetzigen bautechnisch anspruchsvollen Trasse durch ehemalige Tagebaugelände wurde dies ermöglicht.

Die Fraktion knüpfte seit dem die Erwartung daran, dass Teile der vorgesehenen Stadtautobahnen wie durch das Rosental oder den Auenwald überflüssig sind und durch vernetzte Hauptverkehrsstraßen auch Belastungen in Wohngebieten zurückgedrängt werden. Deshalb hatte sich 1995 der PDS-Stadtverband in seinen Leitlinien zur Stadtentwicklung „Leipzig eine menschliche Stadt“ für eine leistungsfähige Südumfahrungenverbindung ausgesprochen, wobei aus ökologischen Gründen umstritten war, ob dies als Autobahn oder als leistungsfähige Bundesfernstraße erfolgen sollte. Auch heute noch knüpft die Fraktion die Erwartung, dass es neben der touristischen Erschließung auch zu Wirtschaftsansiedlungen kommt und Arbeitsplätze auch für den Stadtteil Grünau entstehen. Dafür werden auch Standorte wie der „Weidenweg“ in der Nähe vorgehalten, wenngleich die Nachnutzung stadtvträglicher ehemaliger Industriegebiete in innerstädtischer Lage den Vorrang hat.

• SIEGFRIED SCHLEGEL



Pünktlich zur 60. Wiederkehr der Eröffnung der Musikhochschule am 9. September und der Namensgebung am 1. Oktober 1946, fand die Büste Felix Mendelssohn Bartholdys wieder ihren angestammten Platz. Sie erinnert auch an das 1936 von den Nazis zerstörte Denkmal vor dem Alten Gewandhaus.

Foto: Gerhard Märker

Wer den Schaden hat...

...bekommt die Prüfer auf den Hals. Der Bundesrechnungshof will die Mittelver(sch)wendung beim Bau des Leipziger City-Tunnels prüfen: „Wir werden noch in diesem Jahr damit beginnen.“

Die Überraschungsmomente der letzten Wochen verblüfften nur Bluffer. LEIPZIGS NEUE war in dieser Angelegenheit mehrfach am Ort. Für alle die in diesen Tagen doch aus allen Wolken fallen zitieren wir noch einmal eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Dietmar Pellmann vom Februar 2006 (!) und die Antworten von Thomas Jurk.

Wer waren die jeweiligen Gutachter?

Vor allem die Ingenieurgesellschaft aus CDM Prof.Dr.-Ing. Jessberger und Partner GmbH, Niederlassung Leipzig und Dr. Spang Ingenieurgesellschaft für Bauwesen, Umwelttechnik und Geologie GmbH Freiberg erbrachten die wesentlichen Gutachterleistungen.

Weshalb war offensichtlich der Sachverstand eines emeritierten Professors der Leipziger Universität, der sich Herbst vergangenen Jahres

ausführlich in der LVZ äußerte nicht gefragt? Der Bauherr DB Netz AG hatte den betreffenden emeritierten Professor vergeblich um seine Mitwirkung bitten lassen.

Der „Nichtgefragte“ Walter Gläßer, Professor für Geologie am Umweltforschungszentrum Halle dazu dieser Tage in der LVZ:

Gefragt wurde unser Institut nicht einmal! Man muss wissen, dass mit dem Tunnel in der Auflast massenhaft Stadtgebäude unterschritten werden. Das bedeutet, dass während des Tunnelbaus diese Lastdifferenzen aufgenommen werden müssen. Aber wenn man im Nachhinein den Bayerischen Bahnhof wegrückt, weiß ich nicht, ob man dann auch die Petersstraße abreißen will, um den Tunnel durchzubauen.

Was passiert, wenn der Bohrer auf zu hartes Gestein trifft? Das Bohrwerkzeug eines Schildes ist dafür nicht geeignet. Er geht kaputt.

Was wird dann zu tun sein?

Sprengen...

• M.. J.

GUNTER PREUß / 5.8.2006

Schkeuditz künftig ohne Kulturamt?

BRIEF AN DEN BÜRGERMEISTER VON SCHKEUDITZ

Es ist 12 Jahre her, dass ich mich mit „Schkeuditz – ein hässliches Nest“ und „Stich ins Wespennest“ in der damaligen *Linie 11* und dem *Schkeuditzer Boten* zur Kulturlosigkeit zu Wort meldete. Das verursachte Unruhe und heftigen Widerspruch bei den Stadtvätern. Herr Bürgermeister, Sie hätten aus den Erfahrungen Ihres Vorgängers, der beileibe auch kein Kulturverfechter war, lernen können. Er hat damals, vielleicht auch zähneknirschend, den Weg freigeben, dass engagierte Bürger im und um den neu gegründeten „Kulturkreis“ Schkeuditz zu einem Ort mit ansehnlichem Kulturangebot machen konnten. Aber Menschen lernen ja bekanntlich aus ihren Erfahrungen nur das, was ihnen gerade in den Kram passt. Die Kultur – und damit stehen Sie brav in der Reihe vieler Politiker – ist Ihnen anscheinend nur eine weitgehend verzichtbare Beifügung menschlichen Lebens. Schon die Wortwahl in Ihrem „Ausblick“ (Augustausgabe des *Boten*) sollte uns miss-

trauisch machen. Warum verschanzen Sie sich hinter in Mode gekommenen kurzlebigen Wörtern wie Prozessorientierung, Effizienzsteigerung und Synergie (soll heißen: Energie, die für die gemeinsame Erfüllung von Aufgaben zur Verfügung steht)? Das sind Worthülsen, die sich in der Praxis als inhaltslos erweisen und eher vertuschen als aufhellen. Sagen Sie den Bürgern doch klipp und klar, dass die Kultur Ihnen nicht wichtig genug ist, um ihr ein eigenes Amt zu lassen. Sie steht doch bloß für Zivilisation und Entwicklung und dient ja nur der Pflege und Veredelung der körperlichen und geistigen Anlagen der Menschen. Ihre Entscheidung aber zeugt von Unkultur, die sich unter dem Decknamen Fortschritt hierzulande und weltweit seuchenartig ausbreitet. Das Virus steckt be-

kanntlich im Gesellschaftssystem, das den Geldwert über alles andere stellt und die Gewinnmaximierung heilig spricht. Immer mehr in der Vergangenheit den Mächtigen blutig abgetrotzte Werte des Humanismus existieren nur noch auf dem Papier und werden bei passender Gelegenheit aus der Trickkiste hervorgeholt.

Auch wenn ich als belehrend und besserwisserisch empfunden werde, ich erinnere dennoch – Humanismus: Denken und Handeln im Bewusstsein der Würde des Menschen. Unsere Welt ist derzeit von Frieden und Zusammenleben weiter entfernt als je zuvor. Aber wir machen fleißig Party, Klamauk en masse, alles ist super, denn wir sind ja so cool, geil und happy, wir können endlich wieder – dank den deutschen Fußballgenies – die Fahne

schwenken, und wir veranstalten bei jedem Pups ein Feuerwerk, damit uns ja nicht selbst ein Licht aufgeht. Nur nicht nachdenken, mitfühlen, betroffen sein und womöglich gar eingreifen. Auch wenn es uns hier noch halbwegs gut geht, diese Welt gerät immer mehr aus den Fugen. Unsere Gesellschaft ist in mancherlei Hinsicht krank im Geiste; das unsere Welt schön und lebenswert macht? Der mehr denn je profitgierige Kapitalismus spart immer mehr Menschen weg. Eine ohnmächtige – weil auch politisch träge – Mehrheit muss den ständig wachsenden Gewinn einer mächtigen Minderheit bitter bezahlen.

Wir sollten mit Argusaugen darüber wachen, was in den Machtzentralen von Politik und Wirtschaft geschieht und um unser selbst willen, wo es vonnöten ist, den Mut zum Widerstand mobilisieren. Ich jedenfalls, Herr Bürgermeister, fordere Sie und die Abgeordneten auf, der Kultur ihr lebensnotwendiges Amt zu lassen.

Wesentliches nicht begriffen, Herr Bürgermeister!

Es bedurfte nicht erst des KPD-Verbots, damit die bundesdeutsche Justiz Kommunisten in die Gefängnisse bringen konnte. Bereits fünf Jahre zuvor hatte der Bundestag mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz ein politisches Strafrecht installiert, das in den folgenden Jahren massiv gegen Kommunisten und FDJ-Mitglieder, aber auch gegen Friedensaktivisten und bürgerliche Gegner der kapitalistischen Restaurationspolitik Adenauers angewendet wurde. Hatte der ursprüngliche Entwurf, eingebracht von der SPD-Fraktion, noch eine antinazistische Ausrichtung, war der dann zur Abstimmung stehende Regierungsentwurf, „eindeutig und ausschließlich gegen die Kommunisten gerichtet“, so der bundesdeutsche Rechtsprofessor Alexander von Brünneck. Nach nur kurzer Debatte am 9. und 11. Juni 1951 wurde die Regierungsvorlage, in der teilweise Strafbestimmungen aus der Nazizeit wieder aufgenommen worden waren, mit den Stimmen der Regierungskoalition und der SPD beschlossen. Nunmehr verfügte die BRD-Justiz „rechtsstaatlich“ über das Instrumentarium, jede Art von politischen Widerstand juristisch zu verfolgen und zu kriminalisieren. Diese Aufgabe übernahmen vorwiegend eigens dafür eingerichtete Strafkammern bei den Landgerichten, sowie ein 1954 beim Bundesgerichtshof neugebildeter 6. Strafsenat. Zu den Ungeheuerlichkeiten dieser politischen Verfolgung gehörte, dass in diesen Strafkammern nicht wenige ehemalige Nazirichter saßen, die nun erneut über einstige Opfer der faschistischen Justiz richteten.

50 Jahre KPD-Verbot (VI und Schluss)

Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges

Nachbetrachtung zu einer Anhörung im Bundestag*

Vom 10. November 1959 bis zum 8. April 1960 standen in Düsseldorf sieben Mitglieder des BRD-Friedenskomitees vor Gericht. „Die Anklage richtete sich gegen Persönlichkeiten, die aus unterschiedlichen ideologischen Richtungen zur Friedensbewegung

gestoßen waren, die sich aber in einem für die politisch-juristische Bewertung wichtigen Punkt einig waren: Wer den Frieden will, darf sich nicht scheuen, mit dem Kommunisten an einem Tisch zu sitzen. Das aber war auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges verpönt. Mit Kommunisten wird nicht verhandelt, das war das Grundprinzip Adenauerscher Politik, gegen die sich die Angeklagten versündigt hatten“, so Heinrich Hannover, einer ihrer Verteidiger in seinem Buch „Die Republik vor Gericht 1954-1974“. Dieser Blick auf die Angeklagten und ihre Verteidiger ist eine der seltenen Fotoaufnahmen, die damals in solchen Prozessen angefertigt werden konnten. Foto aus dem genannten Buch.



In den Jahren zwischen 1951 und 1968 wurde in der BRD gegen mindestens 200 000 Personen Ermittlungsverfahren eingeleitet. In etwa 10 000 Fällen kam es zu Anklagen und entsprechenden Strafprozessen. Anklagepunkte waren vor allem Hochverrat, Staatsgefährdung, Geheimbündelei oder Verstoß gegen das Parteiverbot. Aber auch der Bezug von

Literatur aus der DDR, ja selbst der Besitz marxistischer Schriften wurde gelegentlich verfolgt.

Es war vor allem der 6. BGH-Senat, der mit seinen harten Urteilen gegen führende KPD-Funktionäre die Richtung der Verfolgung bestimmte. So verurteilte er beispielsweise im Juli 1956 Fritz Rische und Josef Ledwohn zu je dreieinhalb Jah-

ren sowie Richard Scheringer zu zwei Jahren Gefängnis. Zuvor waren bereits vom gleichen Gericht wegen „Hochverrat“ der FDJ-Vorsitzende der Bundesrepublik, Jupp Angenfort, zu fünf Jahren Zuchthaus und Wolfgang Seifert, ein weiterer FDJ-Funktionär, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Zu den besonders berüchtigten politischen Strafkammern gehörte die des Landgerichts Lüneburg. Die hier ausgesprochenen Urteile übertrafen vielfach die anderer Landgerichte. Eine besondere hier praktizierte Infamie bestand darin, dass neben den harten Urteilen oft die Untersuchungshaft nicht oder nur zum Teil anerkannt wurde. So wurden dann schnell, wie im Fall Karl Stiffel, aus 18 Monaten Gefängnis 22 Monate.

Die immer intensivere Anwendung des politischen Strafrechts in den 60er Jahren auch gegen vermeintliche Kommunisten führte schließlich zunehmend zu Protesten – vor allem von Juristen – im Inn- und Ausland, die letztlich ihre Wirkung nicht verfehlten. Im Mai bzw. Juni 1968 sah sich der Bundestag gezwungen mit dem 8. Strafrechtsänderungsgesetz eine Reform des politischen Strafrechts vorzunehmen und eine Amnestie für alle zurückliegenden politischen Straftaten zu erlassen. Doch auf eine Rehabilitierung für das erlittene Unrecht warten die bundesdeutschen Opfer des Kalten Krieges bis heute.

• EDMUND SCHULZ

*Öffentliche Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE: 50 Jahre KPD-Verbot am 1. Juni 2006

Verschuldet, ziemlich hoch. Nicht im Format eines Global-Tennisstars oder eines Stadionbesitzers oder eines Popstars, aber doch in Regionen, wo die Luft dünn wird.

Selbstverschuldet? Klar, wie immer, du Sack! Jemandem auf den Leim gekrochen. So einem Skalpjäger. In aller Naivität. Als die ersten Wessis zu uns kamen, wie gierige Heuschrecken in Schwärmen, waren manche von ihnen wenigstens ehrlich und sagten kalt lächelnd wie Kolonialherren: Wir wollen eure Kohle!

Und sie holten sich nicht nur das Begrüßungsgeld zurück. Wir waren wie lausige Prärieindianer, die auf der Borderline zwischen Zivilisation und Wildnis, Gold und Edelpelze gegen Brandy und schlechte Flinten eintauschten, und der Fusel schmeckt übel, wenn man sich das Alg-II-Konto anguckt.

So bestraft und über die Verhältnisse gelebt? Ach nee, Herr M. hat gerade zwei Trockenbrot-Diät-Wochen überlebt, und seit auch noch der Kaffee aus war, von Bier ganz zu schweigen, tat's eben Wasser aus der Leitung. Fand er erst ganz lustig und interessant – so geht's also auch. Wie prophezeite doch seine Mutter vor ein paar Jahrzehnten, als er mal so richtig unartig war und so laut rumplärrte, dass die Nachbarn zusammenkommen? „Du wirst mal noch bei Trockenbrot und Wasser enden!“

Oh ja, Mütter wissen und ahnen alles und behalten immer recht. Hätte er doch nur auf sie gehört, der Gerichtsvollzieher und das Schicksal als „Arbeitnehmer nach Bedarf“ wären ihm erspart geblieben.

Nach den beiden Diät-Wochen war dann Schluss mit Lustig. Den Kühlschrank hat Herr M. längst vom Netz genommen, da war nichts mehr, was zu kühlen gewesen wäre, 'n Steak vielleicht oder sowas. Er kam auf abenteuerliche Gedanken ... Bank nicht weit von hier – Maske, Kalaschnikow und drauf mit Gebrüll, irgendwann so nach Mitternacht, wenn alle pennen und die braven

Erst die Rattenfänger, jetzt die Aasgeier

ABMler vom Bürgerdienst LE vor sich hin schlafwandeln.

Ach, Scheiße, zu viel Krimis gesehen, als M. noch 'n Fernseher hatte.

In den Briefkasten gucken? Ach nee, bringt bloß neuen Ärger, die Post vom Amtsgericht

Geschichten von Herrn M.

aufgeschrieben von Ekkehard Fritz

reicht. Na doch, die Neugier siegt, und, siehe da, die Welt ist nicht böse, sie ist nett:

„Guten Tag Herr M., (Danke schön)

in einer für Sie bestimmt wichtigen Angelegenheit bitten wir Sie uns unter folgender Telefonnummer anzurufen (05102-9337). (Wie mitfühlend, aber woher wissen die von M.'s Dilemma?)

In Erwartung Ihres baldigen Anrufs verbleiben wir (Befehl)

mit freundlichem Gruß

(Unterschrift unleserlich)

Taurus GmbH

(Schuldenberatung – keine Rechtsberatung)

Rostocker Str, 8

30880 Laatzen / Hannover

Ein paar Tage zuvor: Die Bayerische Hypo- und Vereinsbank bietet „mehr finanziellen Spielraum mit dem HVB Sofort-

kredit ..., Bargeld schon ab 1500 bis zu 50 000 Euro, schon ab 4,19 % nom. Jahreszins“.

Sofort anrufen: 01802 444 777 oder

Markt 5-6, 04109 Leipzig

Oder:

„Einen schönen guten Tag.

mein Name ist Jan W. Wagner, Vorstand der CreditPlus Bank AG. Wir sind eine der erfahrendsten Banken, die sich ausschließlich auf Kredite zwischen 1000 und 40 000 Euro spezialisiert hat.“

Über Zinsen nur soviel, dass diese Bank verspricht, Stammkunden mit nebulösen „Tiefstzinsen“ zu bedienen.

„Rufen Sie einfach direkt und kostenfrei in der Filiale Leipzig an: 0800 500 260002.“

Ihnen einen schönen Tag und freundliche Grüße,

CreditPlus Bank

Filiale Leipzig

Ritterstr. 30 - 36

04109 Leipzig“

Herr M. erinnert sich an seine erste Begegnung mit Aasgeiern etwa 1991, als er vom Mann einer Arbeitskollegin für lächerliche 200 DM einen Trabi erwarb. Was dieser Mensch nicht verraten hatte, war, dass die damit verbundene Versicherung zu den teuersten zählte und er war Vertreter dieser Hanse Merkur Hamburg. Da brauchte er Punkte, dieser schnell marktgerecht domestierte Ossi.

„Bist du wahnsinnig, so einem Trophäenjäger auf den Leim zu gehen!“, brüllte ein Kumpel Herrn M. an, beim ansonsten gemütlichen Bierabend. „Dein Problem nun, mit dem Gerichtsvollzieher klarzukommen!“

Zeitangaben ohne Gewähr

Die „Unzeitgemäßen Zeitgenossen“ sind dieser Tage aus der Grimmaischen Straßen in Leipzig verschwunden – allerdings nur auf Zeit.

In einer Zwei-Tage-Aktion wurde alles fachgerecht abgebaut.

Die „Unzeitgemäßen Zeitgenossen“ wurden 1990 von dem Halleschen Bildhauer Bernd Göbel geschaffen.

So zu lesen im Leipziger Amtsblatt Nr. 15.

Meine Frau liest das, guckt mich zweifelnd an, fragt-1990 geschaffen?, geht zum Bücherregal und legt den Katalog der IX. Kunstausstellung der DDR, 1982, auf den Tisch.

Sie blättert eine Weile darin und schiebt ihn mir zu. Und da auf Seite 115, sind sie in einem kleineren Format abgebildet, die fünf Figuren.

„Bernd Göbel, Beginn einer Reihe, 1979/80 Bronze, zum Teil vergoldet/Marmor.“

Auf Seite 279, zu den Personalien von Bernd Göbel sind sie nochmals vermerkt.

„Fünf Bronzefiguren, zum Teil vergoldet, auf Marmorsockel, mit einer Plakette. 1979 Bronze.“

• M. E.



Zeit der Offenbarungseide

Arge Nachricht aus Sachsens Hartz-Hauptstadt: Die Leipziger „Arge“ rechnet nicht mehr mit Bundesgeld zur Finanzierung von „Ein-Euro-Jobs“. Auch Trainingsmaßnahmen und Eingliederungshilfen kann sie nicht mehr stützen. Dazu Caren Lay, die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag:

„Schon von einem der Hartz-Schöpfer, dem vorigen sozialdemokratischen Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement, wurden die Hartz-Opfer als ‚Parasiten‘ bezeichnet – weil das arbeitsmarktpolitische Projekt nicht fruchtete und auch sein finanzpolitisches Scheitern früh absehbar war. Medienkampagnen und Gesetze gegen sogenannten Leistungsmissbrauch wurden nachgeschoben, und auf unsere Warnungen vor den Folgen für die Leistungsempfänger und das ganze Land reagierten die sächsischen Abteilungen der ganz großen Hartz-Koalition von Monat zu Monat gereizter. Nun scheint die Zeit der Offenbarungseide herangekommen.“

Wie auch immer optimiert, sozial-bespielt, eingeschränkt und gekürzt wird: Die Zahlen beweisen, dass die Armut per Gesetz kein Beschäftigungs- und Versorgungsproblem löst. Die Gesellschaft muss das Problem Arbeitslosigkeit anders lösen.“

8. August

Leipzig. Das Landgericht verfügt, dass die Stadtwerke in mehr als 300 Wohnungen des Stadtteils Grünau die Fernwärme abstellen müssen. Grund ist ein Rechtsstreit zwischen dem Hausbesitzer und einem Energiezwischenhändler.

Leipzig. In der City-Tunnel-Affäre gerät Verkehrsminister Tiefensee unter Druck. 2003 hatte er dem Stadtrat versichert, das Risiko höherer Kosten trage der Freistaat. Jetzt kommt ein vom Ex-OB unterzeichneter Vertrag ans Licht, nach dem jede am Tunnelprojekt beteiligte Seite mit „Kostenanpassung“ zu rechnen hat.

9. August

Dresden. Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung Sachsens kommen überein, an Brustkrebs erkrankte Frauen an 20 ausgewählten sächsischen Krankenhäusern umfassend zu behandeln und zu betreuen. In Sachsen erkranken jährlich etwa 2000 bis 2500 Frauen an Brustkrebs, bundesweit 46000.

10. August

Neugersdorf. Sachsen entzieht dem in der Lausitz ansässigen Sportwetten-Anbie-

Fall Metz wird zum Fall Iltgen / Opposition legt Rücktritt nahe

Wieso deckt der Präsident den Direktor?

Von wegen Sommerloch – Sachsen stopft es mit Affären. Mit alten und neuen: Tunnel und Tiefensee, Rote Liste und Brücken-Baustart, Konzern und Kampagne, Nalepastraße und Staatsregierung – siehe Mitte und Chronik. Dazu als mediterraner Nachschlag: Metz und Iltgen, die Landtags-Affäre.

Unsere vorige Ausgabe meldete: Dr. Christopher Metz hat es mit der Staatsanwaltschaft zu tun bekommen. Inzwischen wurde be-

kannt: Der frühere Kreisdirektor in NRW und jetzige Landtagsdirektor hat nicht nur eine Dienstwagenaffäre und den Vorwurf der Verkettung von Landes-, Firmen- und Privatinteressen am Hals. Er ließ sich auch gepfefferte Reise-, Hotel- und Verpflegungskosten für einen Unternehmensberaterkurs in Italien vom Steuerzahler begleichen.

Landtagspräsident Erich Iltgen (CDU) bemüht sich, auch diese „Dienstreise“ als legal hinzustellen. Doch der Chef der Linksfrak-

tion, Prof. Peter Porsch, fragt: „Wie kommt der Landtag überhaupt dazu, sich an den Kosten einer Fortbildung zu beteiligen, wenn Herr Metz sie schon vorher unabhängig vom späteren Arbeitsplatz begonnen hat?“

Angesichts „klar erkennbarer Führungsschwäche“ stelle sich die Frage, „wie lange Herr Iltgen weitermachen sollte“, bemerkte Torsten Herbst (FDP). Und Porsch rät milde: „Man sollte gehen, solange dies noch genügend Leute bedauern.“

• gb

Im Streit mit DFL sind die Länder gefragt

LN. Die Nachrichtensendungen von ARD und ZDF zeigen keine Kurzberichte von den Freitag- und Sonntag-Fußballspielen mehr. Die Deutsche Fußball Liga wolle „die Position der Erstverwerter stärken“.

Medienfachmann Heiko Hilker verweist auf §5, Abs. 1 des Rundfunkstaatsvertrags: „Das Recht auf unentgeltliche Kurzbericht-

erstattung über Veranstaltungen und Ereignisse, die öffentlich zugänglich und von allgemeinem Informationsinteresse sind, steht jedem in Europa zugelassenen Fernsehveranstalter zu eigenen Sendezwecken zu.“

Wenn die DFL nicht bereit ist, dieses Recht zu gewähren, dann seien die Ministerpräsidenten gefragt. „Wer wie die DFL alles

zu Geld machen will, der soll auch für die Kosten aufkommen. Dann sollten die Bundesländer den Fußballklubs die Kosten für die Polizeieinsätze in Rechnung stellen“, so Hilker.

Für ihn ist allerdings auch unverständlich, dass die ARD immer höhere Gebühren fordert und zugleich auf preiswerte Übertragungsrechte verzichtet.

Neonazi-Statistik

LN. Sachsen hat zurzeit die deutschlandweit höchste Zahl von Neonazis je Einwohner. Laut Verfassungsschutz kommen auf 100 000 Sachsen 75 Rechtsextremisten. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 47.

Den absoluten Zahlen nach steht Sachsen mit 3230 erfassten Neonazis auf dem vierten Platz. Mehr Rechtsextremisten gibt es nur in den großen Flächenländern Bayern (5820), Nordrhein-Westfalen (4910) und Baden-Württemberg (3900). In Deutschland insgesamt leben rund 39 000 Neonazis – sofern die Behörden im Bilde sind.

Welterbe

LN. Mit der Bewerbung um den Welterbe-Status habe sich Dresden dem Völkerrecht unterworfen, erklärte Dieter Offenhäuser, Sprecher von UNESCO-Deutschland. „Es gab nie einen Zweifel, dass es sich um völkerrechtliche Verpflichtungen handelt, auch wenn dies einige Lokalpolitiker nicht wussten.“

Obwohl das Elbtal jetzt auf der Roten Liste gefährdeten Weltkulturerbes steht und der Stadtrat keinen sofortigen Baustart für die umstrittene Waldschlösschenbrücke will, ordnete das Regierungspräsidium den Baubeginn bis zum 24. August an.

Verkaufsskandal

LN. Zum Verkauf des Rundfunkhauses und -geländes an der Berliner Nalepastraße müsse Finanzminister Horst Metz erklären, „weshalb Sachsen nicht wie Berlin gegen den skandalösen Vertrag stimmte, sondern ‚um jeden Preis‘ verkaufen wollte“, fordert Landtagsabgeordneter Heiko Hilker (Linksfraktion). „Es gibt keinen Grund, nur deshalb, weil man umfassende Privatisierungen befürwortet, Spekulationsgewinne von über 1000 Prozent zu ermöglichen, ohne dass die öffentliche Hand im Nachgang daran beteiligt wird.“ Hilker reichte 27 Fragen ein.

„Aufstand von Crostwitz“ – fünf Jahre danach

Von HEIKO KOSEL,
Minderheiten- und europapolitischer Sprecher der Linksfraktion.
PDS im Sächsischen Landtag

Vor fünf Jahren zeigte das sorbische Volk mit einer Deutlichkeit wie kaum je zuvor, dass es sich seine Zukunft nicht durch antisorbische Politik rauben lassen will. Das von der CDU beherrschte politische Sachsen war stur und uneinsichtig: Als erste sorbische Mittelschule wurde die Crostwitzer geschlossen. Das Schizophrenie dieser Politik wurde deutlich, als Wissenschaftsminister Röbber, der als vormaliger Kulturminister die Crostwitzer Mittelschule geschlossen hatte, im 2003/04 erstellten Bericht zur Lage des sorbischen Volkes feststellte, die Situation der Sorben habe den „unterkritischen Bereich“ erreicht. Wie können es Politiker verantworten, nachdem sie zur Erkenntnis der hochkritischen Lage der Sorben gelangt sind, an der Entscheidung zu Crostwitz festzuhalten und die Schließung weiterer sorbischer Schulen zu planen?

Nach fünf Jahren bleibt festzustellen: Das sorbische Volk kämpft ungebrochen für seine Schulen, wohl wissend, dass ihre Schließung Fundamente sorbischer Identität, Sprache und Kultur zerstört. Auf der anderen Seite zeigen sich die Staatsregierung und ihre CDU-Ableger im Landkreis Kamenz weiter uneinsichtig, wie die beschlossene Schließung der Mittelschule in Panschwitz-Kuckau belegt.

Doch etwas Wesentliches hat sich geändert: Die Frage der sorbischen Schulen ist inzwischen eine europäische geworden. Der Druck auf Deutschland ist gewachsen. Nachdrücklich wird gefordert, man möge die Minderheitenpolitik nach europäischen Grundsätzen gestalten.

SACHSEN-CHRONIK

8. bis 21. August

ter „Bwin“ die Konzession. Er legt Widerspruch ein.

Oschatz. Die Landesgartenschau empfängt die 26-jährige Oschatzerin Yvonne Blume als ihren 300 000. Besucher.

Dresden. Eine Stadtratsmehrheit stimmt erneut gegen sofortigen Beginn des Baus der Waldschlösschenbrücke. Dagegen geht der amtierende OB Lutz Vogel beim Regierungspräsidium in Widerspruch.

11. August

Kamenz. 842 Gasthörer belegten an sächsischen Hochschulen das vergangene Wintersemester, meldet das Statistische Landesamt. Die Uni Leipzig zog 555 Gasthörer an, die TU Dresden 41 (Platz zwei).

Dresden. Mit Urlaubszuschüssen in Höhe von insgesamt 983 000 Euro – 113 000 Euro mehr als im Vorjahr – unterstützt der

Freistaat in diesem Jahr bedürftige Familien, gibt das Sozialministerium bekannt. Die Nachfrage sei „unerwartet hoch“.

Dürreweitzschen. Die Obstland Dürreweitzschen AG nimmt eine zweite Saftpresse in Betrieb. Sie bringt nun auch Saft aus Bio-Äpfeln auf den Markt.

13. August

Leipzig. Mit der Freigabe des letzten Teilstücks der A 38 schließt sich der Autobahnring um Leipzig.

15. August

Dresden. Nach dem Tod eines zweijährigen Jungen durch Hirnhautentzündung rät das Gesundheitsministerium zur Impfung von Kindern gegen Meningitis.

Dresden. Elf der in Sachsen tätigen Stromversorger haben bislang Preiserhöhungen für 2007 beantragt, sagt eine

Sprecherin des Wirtschaftsministeriums.

17. August

Dresden. Wegen Bestechlichkeit und Untreue wurde gegen Ex-Wirtschaftsminister Kajo Schommer Anklage erhoben, teilt die Staatsanwaltschaft mit. Ein Deal mit der *Sachsenring Automobiltechnik AG* Ende der neunziger Jahre brachte der CDU für eine Imagekampagne drei Mill. Mark und im Gegenzug der SAG einen Zuschuss von vier Mill. Mark für den Kauf des Chip-Herstellers ZMD.

18. August

Dresden. Die Stadt kündigt an, den neuen Tarifvertrag für Ärzte an kommunalen Krankenhäusern nicht zu übernehmen und den Arbeitgeberverband zu verlassen.

20. August

Panschwitz-Kuckau. Die Domowina ehrt Jacob Barth (1856–1909), einen Klassiker der sorbischen Literatur.

Dresden. Im ersten Halbjahr 2006 verzeichnet Sachsen die höchsten Gäste- und Übernachtungszahlen in einer ersten Jahreshälfte seit 1991, teilt das Wirtschaftsministerium mit. Die Zuwächse gegenüber 2005 betragen 8,3 bzw. 6,3 Prozent.

Um das im niedersächsischen Delmenhorst geplante NPD-Parteitags- und Schulungszentrum ist die nächste Runde eingeläutet: Die rechtsextreme Wilhelm-Tietjen-Stiftung ist ihrer Absicht, das seit einem Jahr leerstehende *Hotel am Stadtpark* zu erwerben, ein Stück näher. Bereits erste Gespräche mit dem Eigentümer der Immobilie, Günter Mergel, hatten gezeigt, dass der geforderte Kaufpreis von 3,4 Millionen Euro für die in London registrierte Stiftung keine Hürde ist – obwohl der Zeitwert der Immobilie bei 1,5 Millionen Euro liegt. Weil aber eine erschrockene Stadtverwaltung inzwischen als erste Abwehrmaßnahme das Sanierungsgebiet Innenstadt ausgeweitet hat, was ihr ein Vorkaufsrecht für die ungenutzte Immobilie einbringt, denkt Besitzer Mergel nun darüber nach, der Nazi-Stiftung das Haus als „gemischte Schenkung“ zu überlassen. Ein juristischer Trick, der ihn trotzdem zu seinem Geld bringt, aber die Stadt, wenn sie nicht genügend anbietet, im Regen stehen lassen würde. Apropos: Juristisch. Hinter dem Deal steckt wieder einmal der Hamburger Rechtsanwalt und Multifunktionsler der rechtsextremen Szene, Jürgen Rieger, der für seine braunen Truppen ein eigenes Veranstaltungsgebäude will, um so Probleme mit behördlichen Auflagen zu beseitigen. Neben den Aktionen im Delmenhorster Rathaus hat sich längst auch die Bürgerschaft gegen dieses Nazi-Projekt formiert. Wobei – der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Kurt Freimuth, hofft angesichts des Bürgerwiderstandes sogar, dass die beteiligten Banken nicht nur aufs Geld, sondern auch auf etwaige Vertragspartner schauen. Denn die Möglichkeiten politischer Einflussnahme seien eher gering.

An Demonstrationen und Mahnwachen, organisiert von jungen Antifas und auch vom „Forum gegen Rechts“ des DGB-Kreisverbands, beteiligten sich bisher mehr als 8000 Bürger, unter ihnen auch Vertreter von Parteien, Verbänden, Kirchen und Bürgerinitiativen. „Geben Sie den Neonazis, ob sie Rieger oder anders heißen, kein Pardon“, sagte der ehemalige Bürgermeister von Dörverden, Heiner Falldorf. In seinem Ort hat Rieger für die „Wilhelm-Tietjen-Stiftung“ bereits den „Heisenhof“ gekauft, um dort ein so genanntes Fruchtbarkeitszentrum aufzubauen. Bürgerinitiativen konnten dies bislang verhindern. Das Bündnis „Keine Nazischule in Delmenhorst“ sammelte bereits 6000 Unterschriften gegen das Vorhaben. „Die Leute standen Schlange an unserem Stand“, berichtete der Sprecher des Bündnisses. Auf ein Treuhandkonto zum Kauf des Objekts waren bis Mitte August schon und 800 000 Euro eingegangen. Es gebe Unterstützung aus ganz Deutschland. Nun aber Riegers neues Konstrukt einer sogenannten „gemischten Schenkung“ ...

Wer ist dieser Rieger?

Der Lebenslauf von Jürgen Rieger, Jahrgang 1947, mit Pseudonym Jürgen Riehl, ist äußerst bemerkenswert. Er schloss sich bereits 1968 der rechtsradikalen *Aktion Oder-Neiße* an, 1969 dem *Bund heimat-treuer Jugend*. In diesem Jahr verfasste er unter Pseudonym die Schrift „Rasse – Ein Problem für uns“. Drei Jahre später erst wird die Hetzschrift auf den Index gesetzt. Rieger war Mitglied der *NPD* wie der *Wiking-Jugend*. Ab 1972 ist er Vorsitzender der *Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung* mit Sitz in Vlotho sowie verantwortlicher Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift „Neue Anthropologie“ und Herausgeber und führendes Mitglied ähnlicher Zeitun-

gen und Gruppierungen, außerdem ist er über einen langen Zeitraum der „Nationalistischen Front“ des Ex-Bundeswehroffiziers Michael Kühnen verbunden (1992 verboten und aufgelöst). Rieger war auch am Aufbau der *Kommandos* (NEK) von Meinolf Schönborn beteiligt, einer Vorform der Anti-Antifa.

Rieger als Provokateur und Anwalt

Seine Anwaltskanzlei eröffnete Rieger 1975 in Hamburg. Seitdem vertritt der Mann vor Gericht die bundesdeutsche rechte Szene: Jürgen Mosler, Thies Christophersen, Berthold Dinter, Michael



Der Nazi und ein Objekt seiner Begierde

- Was derzeit in der niedersächsischen Kleinstadt Delmenhorst passiert oder
- wie der rechtsextreme Hamburger Anwalt Jürgen Rieger ein Hotel (Foto oben) als Nazi-Schulungszentrum kaufen will

Kühnen, Ernst Zündel und Horst Mahler. Selber wurde er mehrfach rechtskräftig verurteilt: 1974 wegen Körperverletzung auf einer Demonstration der *Aktion Widerstand*. Bereits 1971 war er an der vorgetäuschten Entführung von Prof. Berthold Rubin (DVU) beteiligt. 1974 wurde er wegen Volksverhetzung und schwerer Körperverletzung angeklagt und von einem Würzburger Gericht freigesprochen, im gleichen Jahr wegen zweier Fälle der Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 3500 Mark verurteilt. 1981 hatte er im Verfahren gegen den SS-Sturmbannführer Arpad Wiegand behauptet, dass im Warschauer Ghetto kein Jude verhungert wäre, wenn die Ghetto-Insassen untereinander Solidarität geübt hätten. Das folgende Urteil, in dem eine Geldstrafe verhängt wurde, hat der Bundesgerichtshof 1987 aufgehoben, da er als Verteidiger „unter Wahrnehmung berechtigter Interessen“ für seinen Mandanten gehandelt habe.

1993 kutscherte er in einem mit SS-Runen „geschmückten“ Wehrmachtswagen durch Reinbek bei Hamburg. Darauf wurde er ein Jahr später wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole zu einer Geldstrafe in Höhe von 14 400 Mark verurteilt. In einem Verfahren vor dem Landgericht Hamburg, das im Jahr 2000 zur Verhandlung kam, ging es um einen Vorfall aus dem Jahre 1996. Rieger hatte den Hamburger Neonazi-Anführer Thomas Wulff in einer Strafsache wegen Volksverhetzung vertreten. Wulff hatte in

dem Neonazi-Pamphlet „index“ den Judenmord gelehrt. Zur Entlastung seines Mandanten beantragte Rieger, als Sachverständigen einen Diplom-Chemiker zu vernehmen, der die These untermauern werde, dass unter dem Naziregime Vergasungen von Menschen in Auschwitz mit Zyklon B „nicht stattgefunden“ hätten. Daraufhin selbst erneut als Beklagter vor Gericht, war sein Verteidiger, Rechtsanwalt und NPD-Funktionär Günther Eisenecker, dem Termin am 7. Juni 2000 ohne Entschuldigung ferngeblieben. Nach Meldung in der „Deutschen National-Zeitung“ des Gerhard Frey vom 24. November 2000 endete das Verfahren

Als die kanadischen Behörden den Holocaust-Leugner Ernst Zündel am 1. März 2005 an die Bundesrepublik auslieferten, trat Rieger zusammen mit Sylvia Stolz und dem greisen Herbert Schaller aus Wien als Wahlverteidiger auf. Mentor von „Fräulein Stolz“, wie sie von ihren Verehrern genannt wird, ist Horst Mahler.

Seit Jahren fungiert Rieger als Anmelder für die alljährlichen Heiß-Gedenkmärsche im oberfränkischen Wunsiedel. Der Aussteiger aus der Neonaziszene Ingo Hasselbach berichtet von einer Wehrsportübung im Sommer 1990 auf einem Bundeswehrgelände. Vom Anwalt Rieger wurde das als ein Treffen von „Liebhabern mi-

gegen Rieger mit einem Freispruch. Der in Leipzig ansässige 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes hob im April 2002 den Freispruch allerdings auf. Das Verfahren wegen Volksverhetzung wurde deshalb an eine andere Kammer des Landgerichts Hamburg zur neuerlichen Verhandlung verwiesen. Das Verfahren endete im April 2003 mit einer Verurteilung Riegers zu einer Geldstrafe in Höhe von 80 Tagessätzen à 42 Euro. Strafmildernd kam Rieger zugute, dass die Tat bereits sieben Jahre zurücklag. Anwalt Eisenecker, der während der Verhandlung mehrmals eingeschlafen sein soll, kündigte Revision an. Der Angeklagte Jürgen Rieger nannte das Urteil einen Skandal.

Riegers Spezialität ist das Verschleppen von Prozessen. 1993 verteidigte er vor dem Landgericht Stuttgart Neonazis, die ein Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers gegründet hatten. Er verlangte die Vernehmung von 500 Zeugen und wurde daraufhin als Pflichtverteidiger abgelöst. Jahre später sagte er dazu: „Schade, dass ich da rausflog. Ich hätte bequem drei Monate plädieren können.“ Im Prozess vor dem Landgericht Cottbus gegen rechtsextreme Schläger, die im Februar 1999 den algerischen Asylbewerber Fand Guendoul durch das brandenburgische Guben getötet und ihn dabei in den Tode getrieben hatten, stellte die Verteidigung unter Beteiligung Riegers nicht weniger als 43 Befangenheitsanträge und Besetzungsrügen.

litärischer Fahrzeuge“ angemeldet. Nach Aussagen von Hasselbach nahmen daran 60 Neonazis teil und die Bundeswehr stellte für Schießübungen großzügig Schreckschussmunition zur Verfügung, lud zu einer Grillparty in der Kaserne ein und ließ die Neonazis nach reichlich Alkoholgenuss auch noch dort übernachten.

Rieger als Immobilienkäufer

Seit Jahren betätigt sich Rieger nun auch als Käufer von Immobilien für Nazi-Tagungs- und Versammlungszentren. So erwarb er 1978 das Anwesen in Hetendorf, das sich bis dahin im Besitz des Bundes befand. 1995 gelang für 2,2 Millionen Mark der Kauf des 650 Hektar großen Landguts Sveneby in Südschweden. Hier sollte eine „Neonazi-Kommune“ entstehen. Nur die jungen deutschen Familien, die fernab von schädlichen Einflüssen germanische Nachkommen groß ziehen sollten, siedelten sich nicht wie gewünscht an. Auch mit der ökologischen Wirtschaft wie artgerechter Tierhaltung klappte es nicht. Trotzdem bekam Rieger jährlich 300 000 Mark EU-Fördergelder. Die BSE-Seuche warf die Rinderzucht über den Haufen. Statt deutscher Aussiedler kamen im Herbst 2003 dann schwedische Neonazis in die Gegend des südschwedischen Anwesens. Bis heute suchten weder die Hamburger Anwaltskammer noch die bundesdeutsche Justiz einen Weg, Jürgen Rieger die Berufsausübung zu untersagen.

• HEINZ HAMBURGER

Die Natur, die Bücher und immer wieder auch das Radio haben mich in meiner Kindheit und Jugend wesentlich geprägt. Wir lebten damals fünfzehn Jahre lang am Rande der ostfriesischen Kleinstadt Wittmund, zuerst in der Mansarde eines Siedlungshauses, danach in einem Barackenlager. Während des Krieges waren in den Baracken Strafgefangene der Marine untergebracht, gegen Ende des Krieges dann Verwundete. Mein Vater lag dort monatelang mit schweren Verletzungen, nachdem ihm Anfang 1945 in den Niederlanden noch ein kanadischer Spähtrupp eine Handgranate vor die Füße geworfen hatte. Er war nach seiner Genesung lange arbeitslos.

In das Siedlungshaus waren wir Anfang 1946 vom Flüchtlingsamt gegen den Willen der Besitzer einquartiert worden, eine behelfsmäßige Unterkunft. Schon als Fünfjähriger konnte ich vom Fenster aus hinter den Wiesen und Feldern den Wald sehen: eine dunkle Wand am Horizont, eher indigo-blau als grün, sehnsuchtserzeugend. Außerdem sah man das Barackenlager, das ganz in der Nähe lag, ein Biotop sozusagen für die merkwürdigsten Vögel. Das Lazarett war inzwischen aufgelöst worden, und neben den vielen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen lebten dort auch Menschen, die mit ihrer Situation im Schatten einer sich neu formierenden Gesellschaft nicht zurechtkamen.

Eine schwere Zeit. Die Einwohnerzahl von Wittmund, wohin es uns durch Zufall verschlug, hatte sich nach dem Krieg durch den Zustrom aus den Ostgebieten um fast zweitausend Menschen erhöht. Daraus ergaben sich natürlich Probleme, denn abgesehen von den Belastungen für die einheimische Bevölkerung sind Fremde, noch dazu in diesem Ausmaß, nirgendwo gern gesehen. Und die Streitigkeiten der Erwachsenen fanden ihre Fortsetzung unter den Kindern und Jugendlichen, die nicht selten mit Steinen und Knüppeln aufeinander losgingen.

Schlägereien waren an der Tagesordnung. Es wurden Banden gebildet, die sich bekämpften. Am Stadtrand fanden regelrechte Schlachten zwischen den Kindern der Einheimischen und denen der Flüchtlinge statt. Zeitweise war es schwierig, zur Schule zu gelangen, ohne verprügelt zu werden. Im Sommer angelten und badeten wir im Fluss vor der Stadt und lernten ganz nebenbei schwimmen. Wir tauchten nach weggeworfenen Waffen, mit denen wir Krieg spielten, wie es uns vorgemacht worden war.

Als die Situation in der Siedlung, in der überwiegend ehemalige SA-Leute wohnten, für uns wie für die Wirtsleute unerträglich wurde, zogen wir in das Lager um, wo wir in einer der Baracken drei Zimmer erhielten. Manchmal kamen andere Heimatvertriebene vorbei, und die Männer erzählten sich ihre Kriegserlebnisse, die zumeist glorifiziert wurden, oder man sprach wehmütig von „Zuhause“, das war die verlorene Heimat im Osten, in die man irgendwann zurückkehren würde. Die meisten empfanden das Kriegsende als eine furchtbare Niederlage, unverdient, denn man hatte ja sein Letztes gegeben, um zu siegen. Über die Gräueltaten, die man selber erfahren oder anderen angetan hatte, wurde nicht gesprochen, selten über Hitler und die nationalsozialistische Ideologie.

Nach und nach beruhigte sich die Situation, niemand musste mehr verhungern oder erfrieren. Vielen der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen wurde klar, dass die deutschen Ostgebiete für lange Zeit, wenn nicht für immer, verloren waren. Sie gingen in die Großstädte und ins Ruhrgebiet, wo es Arbeit gab; manche gründeten Firmen oder heirateten in einheimische Familien ein. Hinzu kam, dass die ansässige Bevölkerung merkte, wie sehr sie durch den Zustrom der Fremden, die essen, wohnen und sich kleiden mussten, profitierte. Der Krieg wurde Vergangenheit, man begann wieder in die Zukunft zu schauen.

Mein Vater besorgte ein altes Radio, und während ich nach der Schule und dem Mittagessen meine Hausaufgaben machte, hörte ich die spannenden wie informativen Sendungen im Schulfunk. So erfuhr ich schon früh, wer Albert Einstein war, wie Kolumbus Amerika entdeckte oder welche Aufgaben ein Parlament wahrnimmt. Noch heute habe ich die Erkennungsmelodie aus der „Zauberflöte“ von Mozart oder die etwas kratzige Stimme des Tierfreundes im Ohr, der kurzweilig über Zaunkönig, Blindschleiche oder Hamster plauderte. ...

Sobald ich flüssig las, verschlang ich alles, was ich an Lesbarem kriegen konnte. Das waren zunächst überwiegend so genannte Groschenhefte, die wir in der Schule tauschten und unter der Bank lasen. ... Manchmal bekam ich durch Zufall anderes in die Hand, zum Beispiel Kurzge-

schichten von Wolfgang Borchert: „Die Küchenuhr“ und „Nachts schlafen die Ratten doch“.

Auf dem Marktplatz hielt einmal in der Woche ein Bücherbus der Amerikaner, eine verhältnismäßig gut ausgestattete fahrende Bibliothek. Offenbar beabsichtigte man mit dieser Einrichtung den Demokratisierungsprozess im Nachkriegsdeutschland, das immer noch mit den Hinterlassenschaften der Nazizeit rang, zu befördern – aus heutiger Sicht und im Hinblick auf die Ergebnisse der PISA-Studie eine bemerkenswerte Kulturinitiative.

Mir erschien das damals wie ein Geschenk. Ich liebte mir Jack Londons „Wolfsblut“ aus Coopers Lederstrumpf-Geschichten, „Robinson Crusoe“ von Daniel Defoe, „Die Schatzinsel“ von Robert Louis Stevenson, Tom Sawyers und Huckleberrys Finns Abenteuer von Mark Twain sowie sämtliche Hornblower-Romane über Seeabenteuer von Cecil S. Forester. Es gab auch Bildbände über Neumexiko, Alaska und Kanada, die meine Phantasie beflügelten und die Sehnsucht nach den fernen Ländern weckten. Samenkörner, die später aufgingen, als ich Mexiko, Alaska und Kanada bereiste.

Allmählich öffnete sich der Horizont und die Gespenster der Vergangenheit vermochten mich nicht mehr zu ängstigen. Manchmal tauchte ich tagelang ab in die Welt meiner Romanfiguren, die mir viel zu sagen hatten. Die Bücher

lenbesitzer, mit seiner Frau, die durch aparte Hütte in der kleinbürgerlichen Umgebung auffiel und sichtlich unter ihrem sozialen Abstieg litt. Ein paar Baracken weiter hauste der etwas unheimliche Adolf Beier, der KZ-Wärter gewesen war, wie gemunkelt wurde, und trotz seines Rheumas gegen geringes Entgelt Gartenarbeit verrichtete. Die kinderreiche Familie Kasunke machte dadurch von sich reden, dass gelegentlich Hausdurchsuchungen stattfanden, der älteste Sohn mit einer Beinprothese aus der Fremdenlegion zurückkehrte und Herr Kasunke für einige Zeit ins Gefängnis wanderte. Ein ehemaliger Fliegermajor bot Nachhilfeunterricht in Mathematik an ... Dann gab es noch einen früheren Stabsarzt, der eine kleine, womöglich illegale Praxis betrieb, und einen zurückgebliebenen französischen Kriegsgefangenen, der mit einer hübschen blonden Krankenschwester zusammenlebte. Im Sommer kam der Zirkus auf den alten Appellplatz, der nun als Sportplatz genutzt wurde, und an der Landstraße kanierten Zigeuner. Meine Eltern hatten einen Garten angelegt, in dem wir Kartoffeln, Bohnen, Erbsen, Gemüse und Kräuter anbauen und für den ich immer mehr zuständig wurde, denn meinem Vater machte noch seine Kriegsverletzung zu schaffen. Oft arbeitete ich während meiner gesamten freien Zeit in diesem Garten, dessen Erträge uns über die andauernde finanzielle Misere hinweghalfen. Geld war

knapp, wir rechneten im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Pfennig. Dennoch erinnere ich mich an ausgelassene Feste im Kreise anderer Vertriebenen und an sommerliche Ausflüge in die Fischerdörfer am nahe gelegenen Meer. Man versuchte sich einzurichten, so gut es ging.

Wenn ich nicht in der Schule war, im Garten arbeitete oder las, stromerte ich in den umliegenden Feldern und im Wald herum, beobachtete Tiere, baute mir Höhlen und sammelte im Sommer Beeren und Pilze. Ich freundete mich mit den beiden Söhnen des Försters an, die mir zeigten, wo sich die Kreuzottern sonnten und wo Pfifferlinge, Haselnüsse und Esskastanien wuchsen. Außerdem liehen sie mir ihre sämtlichen Karl-May-Bände. ...

Der Förster und seine Frau betrieben nebenher eine kleine Landwirtschaft, und wenn die Söhne helfen mussten, schloss ich mich ihnen an. Das Heu war einzubringen, der Stall auszumisten, die Kühe waren zu melken, Kartoffeln und Rüben zu ernten. Zur Belohnung gab es manchmal eine Einladung zum Abendessen, das besonders reichhaltig ausfiel, wenn geschlachtet worden war. Außerdem erfuhr ich viel über die Natur, über die Jagd und die Hege. Ein großes Erlebnis war es, einen Hasen zu schießen, den ich sogar mit nach Hause nehmen durfte. Der Wald wurde mir so vertraut, dass ich Förster werden wollte.

Als ich vierzehn Jahre alt war, wurde im oberen Stockwerk der alten Volksschule eine Stadtbibliothek eingerichtet, deren eifriger und begeisterter Benutzer ich bald war. Auf meine Frage hin empfahl mir der Bibliothekar Hemingways Roman „Wem die Stunde schlägt“, den ich in wenigen Tagen verschlang. Es folgten „Vater Goriot“ von Balzac, „Schuld und Sühne“ von Dostojewski, „Die Buddenbrooks“ von Thomas Mann, „Der Steppenwolf“ von Hermann Hesse, Romane von Heinrich Böll, Anna Seghers, Max Frisch, Jean-Paul Sartre, Theodor Fontane, Franz Kafka und vielen anderen Autoren, die mich unterhielten, überraschten und faszinierten. Das war wieder eine neue Welt, die sich mir öffnete, eine Welt voller Einsichten, philosophischer Reflexionen und unendlicher Möglichkeiten. Jetzt beschloss ich, Schriftsteller zu werden.

Im Deutschunterricht lasen wir damals Goethe, Schiller, Kleist und Lessing, auch „Pole Poppenspäler“ von Theodor Storm und von Annette von Droste-Hülshoff die Novelle „Die Judenbuche“, die ich ziemlich langweilig fand. Meistens ging ich gern zur Schule, war auch ein guter Schüler. Da es in der Stadt kein Gymnasium gab und für Schulgeld und Fahrtkosten ohnehin kein Geld übrig war, besuchte ich die Mittelschule. Dass einige Lehrer ehemalige Nazis waren, störte mich nicht und wurde mir erst viel später bewusst. Ich bemühte mich, nicht aufzufallen und ging im Übrigen meiner Wege. Das Abitur holte ich dann Mitte der sechziger Jahre in Abend- und Fernkursen neben der Arbeit nach. ...

(redaktionell gekürzt)

* Dem Beitrag liegt ein Vortrag von Wolfgang Bittner zugrunde. Eine Sammlung mit Essays und Vorträgen des Autors erschien soeben unter dem Titel „Schreiben, Lesen, Reisen“ im Athena-Verlag in Oberhausen; Preis: 12,90 Euro



halfen mir über die raue Realität mit ihren Problemen, Demütigungen und Kümernissen hinweg. Wenn mich jemand beschimpfte, konnte ich mich mit David Copperfield trösten, dessen traurige Kindheit mir Charles Dickens vor Augen führte. Oder ich versetzte mich in die Rote Zora, die sich mit ihrer Bande elternloser Kinder an der Küste Dalmatiens Respekt verschaffte.

Als der Bücherbus nicht mehr kam, fanden sich andere Gelegenheiten. In der Stadt gab es einen Friseur, der eine Lotterietisch-Annahmestelle hatte. Gelegentlich musste ich dort den Toto-Schein meiner Eltern abgeben, die auf den großen Gewinn hofften, der ihnen ein besseres Leben ermöglichen würde. Bei diesem Friseur stand ein Regal mit zahlreichen Büchern, die man für ein paar Pfennige ausleihen konnte: triviale Unterhaltungsliteratur, hin und wieder etwas Gutes, beispielsweise „Die Regulatoren in Arkansas“ von Friedrich Gerstäcker.

Auch in der Schule bemühte man sich damals um Leseförderung. Es gab zwar keine Bibliothek, aber die Klassenlehrerin verfügte über eine Bücherkiste, die einmal wöchentlich geöffnet wurde. Jetzt ging ich mit Kapitän Ahab auf die Jagd nach dem weißen Wal, litt und triumphierte mit dem Grafen von Monte-Christo, besuchte Onkel Tom in seiner Hütte in Kentucky ... In den Ferien arbeitete ich in einer Wäscherei und beim Bauern auf dem Feld, um mir das Geld für ein Fahrrad zu verdienen.

Eines Tages gab mir die Lehrerin ein ungewöhnlich dickes Buch mit dem Titel „Die Ahnen“, das ich widerwillig mit nach Hause nahm, dann jedoch in wenigen Tagen durchlas. Es handelte vom Schicksal einer Familie von der Germanenzeit bis zur Neuzeit. Das fand ich spannend, ebenso den Roman „Soll und Haben“, in dem derselbe Autor, Gustav Freytag, von den Irrwegen und der schließlichen Läuterung eines jungen Breslauer Kaufmanns erzählt.

Inzwischen war das Lager nahezu aufgelöst. Zurückgeblieben waren ein paar Familien und einige Einzeltäter, die den Absprung in die neue Zeit des beginnenden Wirtschaftswunders nicht geschafft hatten, sowie einige so genannte Asoziale. Meine Eltern, die mit der „Niedersächsischen Heimstätte“ ein Haus bauen wollten, nachdem mein Vater bei einer Behörde Arbeit gefunden hatte, blieben ebenfalls, bis das Haus fertig war. Ein seltsam buntes Leben.

Nebenan wohnte Albert Hoffmann, ein ehemaliger Müh-



Was haben sich die Berliner nicht alles ausgedacht, um ihren Palast doch noch zu retten. Ein Sinnlos-Schloss muss her – koste es was es wolle.

Die Dachkonstruktion des Sony-Centers am Potsdamer Platz beeindruckt, der Rest ist Langeweile in Glas und Stahl



Von **MAXI WARTELSTEINER**

Zirkus? Nöö, eigentlich nicht. Berlin? Nö, eigentlich erst recht nicht. Zirkus in Berlin? Oh Gott, das nun gleich überhaupt gar nicht.

Und dann bin ich doch gefahren. André Hellers AFRIKA!AFRIKA! ist etwas anderes. Das ist, ja was nun? Das ist einfach pure afrikanische Lebenslust, das ist faszinierende Kraft und Geschmeidigkeit und – das sind notabene, man ist ja Frau, perfekte Waschbrettbäuche im Dutzend. Sogar unsere Änschie soll dort laut *focus* immerzu gerufen haben „unglaublich, unglaublich!“

Die gut 100 dunkel- bis schwarzhäutigen Männer und Frauen bieten Akrobatik, die nicht entsetzt aufschreien lässt ob der Verrenkungen und Anstrengungen und offensichtlichen Gefahren – und doch, was hier unter der Zeltkuppel abläuft, das ist Weltspitze. Es sieht halt nur so leicht aus. Zu beschreiben ist das ohnehin kaum. Aber es macht fröhlich, es lässt das Herz jubeln und die Augen mitleuchten in all der Pracht, die da zwei Stunden zelebriert wird.

Wobei AFRIKA!AFRIKA! fängt schon vor dem Hauptzelt an, in den vielen, labyrinthartig mit Zeltgängen verbundenen kleineren Zelten mit ihren Cafes, dem Markt, den Souks, den Läden. Und mit einer zeitgenössischen Galerie der afrikanischen Art. Der Berg Gummisandalen in einer Ecke lässt erschauern. Abbildungen anderer Berge von Kinder- und Erwachsenenschuhen drängen sich ins Bewusstsein – wie auch die letzten Sätze, die Henning Mankels schwarze *Tea-Bag* (im gleichnamigen Buch) uns Europäern ins Gewissen brennt und die ich seit ich das Buch erstmals las, immer wieder nachblättere:

Ich weiß nicht, woran es lag, daß gerade ich überlebte, als dieses Schiff an den Felsen zerschellte und verzweifelte Menschen da unten im Dunkel des Laderaums mit Klauen und Nägeln kämpften, um hinauf- und herauszukommen. Aber ich weiß, daß diese Brücke, die wir alle zu sehen meinten, als wir da am Strand am nördlichsten Punkt von Afrika standen, dem Kontinent, von dem wir flohen und um den wir schon trauerten, ich weiß, daß diese Brücke gebaut werden wird. Denn so hoch wird der Berg von zusammengepreßten Leichen auf dem Boden des Meeres einmal werden, das versichere ich dir, daß der Gipfel sich wie ein neues Land aus dem Meer erheben wird, und das Fundament aus Schädeln und Rippen wird die Brücke zwischen den Kontinenten schlagen, die keine Wächter, keine Hunde, keine betrunkenen Seeleute,

keine Menschenschmuggler werden niederreißen können. Erst dann wird dieser grausame Wahnsinn enden, bei dem man angstvolle Horden von Menschen, die desperat um ihr Leben fliehen, in die Tunnel der Unterwelt hinabzwingt, so daß sie zu den Höhlenmenschen der neuen Zeit werden ...

Ob AFRIKA!AFRIKA! wenigstens eine symbolische Brücke bauen kann, ich weiß es nicht. Nein, ich glaube es trotzdem nicht. Da kann *Bild* noch so euphorisch jubeln, dass die jungen Artisten für

Leben so viele Gefahren und soviel Verantwortung birgt. Wovon dann auch gleich ein Riesenbildschirm und die abwechselnd darauf flimmernden Verwöhnten dieser Welt von Schiffer bis sonstwem zeugte – ich merk mir die Namen nicht. Jeder schnipste, wenn er dran war, mit den Fingern. Den Leuten unten auf dem Pflaster, die an ihrer Mineralwasserflasche nuckelnd (es war ja so heiß) hinaufstarrten, wurde sodann mitgeteilt, dass alle drei Sekunden ein Kind stirbt. Bei jedem Fingerschnalzen eben. Und dann quer über

doch die Parole der vermeintlichen Sieger zu allen Zeiten heißt, die Bauten der Besiegten zu schleifen, um Geschichte umschreiben, umdeuten, verfälschen zu können.

Nicht genug der Depressionen. Ich musste weiter zu meinem Hotel quer über den Alex. Und sah auch hier: Die Verpeppelmänner tun alles, um noch Generationen nach uns einzublauen: Die DDR war einfach nur marode. Und wer den Alex heute sieht, der glaubt es

Zwischen Jubel und Depression

Ein Tag in Berlin

ihre Heimat soviel Sympathie ersingen und erspielen, „wie Diplomaten nicht in zwei Jahrhunderten erdienen und erdinnern können.“

Und was ist mit den Halbverdursteten und richtigen Toten, die vielleicht gerade in diesem Moment an kanarischen Küsten oder an Spaniens Festland stranden? Wird die Polizei nun jeden, dem ein paar Schritte ins erhoffte Paradies gelingen, weniger jagen? Und wir, jagen wir unsere Politiker, die dies so anordnen, zum Teufel, nachdem wir beim Frühstück mit leidbeladenem Kaffee aus Afrika die Nachrichten darüber lesen?

Am Nachmittag vor der Vorstellung hatte ich mich durchgerungen, endlich die bisher wie die Pest gemiedenen Glas-Beton-Stahl-Ungetüme am Potsdamer Platz näher anzusehen. Dort mittendrin, nachdem mich eine 0-8-15-Passage mit den gewohnten Läden von Wörl bis Leiser zu Tode gelangweilt hatte, weil ich partout nicht bereit bin, auf Teufel-komm-raus zu „shoppen“, dort am neuen Potsdamer Platz also betrat ich auch das Sony-Center-Rund. Natürlich auch neugierig auf die so hochgelobte Dachkonstruktion. Die ist wirklich sehenswert und entschädigt für den Rest. Denn der ist auch bloß ziemlich geistlose, vor allem aber unterkühlte Architektur. Leute, die in dieser Atmosphäre wohnen und arbeiten, so sagte ich mir, müssen zu der Spezies gehören, die mit Sex am Computer vollauf ausgelastet sind, weil die wirkliche

den Bildschirm die Schrift: *Du kannst etwas tun.*

Ich sah mir das Häuflein Tagesbesucher in seinen billigen und verschwitzten T-Shirts an, das da eh schon nicht aus dem Staunen herauskam angesichts der teuren Büros und der noch teureren Wohnungen und all dem Stahl und Glas. Ich sah mir die Informationstafeln an, auf denen die Millionen Dollar teure Großtat von Sony verkündet würde, nämlich die Rettung tausender Stuckbrocken aus dem ehemaligen Grandhotel Esplanade, das hier stand, ehe es im Krieg, der von hier aus die Welt verbrannte, zu Schutt und Asche wurde. Nun sind sie fein restauriert und in den neuen Kaisersaal fürs noble Publikum eingebaut. Ein paar Brocken hinter Glas gibt es auch fürs ordinäre Volk draußen. Aber das wagt sich nicht mal auf die feinen Ratensofas des gähnend leeren Kaisersaal-Straßencafes zu setzen und drängt stattdessen zu den kalten Blech- und Plastrmöbeln nebenan. Da scheint es erschwinglicher.

Aber, so sagt gegenüber die Bildschirmbotschaft: *Du kannst etwas tun.*

Ich wüsste schon einiges. Und wurde alsbald ziemlich kleinlaut auf den Boden der restriktiven bundesdeutschen Tatsachen zurückgeholt. Spätestens an der ohne Waffen geschaffenen Ruine des einstigen wirklich volkseigenen Palastes der Republik. Was haben kluge Leute nicht alles versucht, um das seinerzeit modernste multifunktionale Kulturgebäude Europas zu retten. Und was hat es genützt, wo



sowieso. Dafür musste natürlich auch das dortige Centrum-Warenhaus seiner lebhaften Aluminium-Fassade beraubt werden. Nun hat es eine aus Sandstein. Stinklangweilig. Sauber. Der Rest ist Schmutz. Ist Slum.

Du kannst etwas tun.

Gegen den Hunger in der Welt? Solange es den barbarischen Kapitalismus gibt?

Aber vielleicht hier in Berlin, wo am 17. September ein neuer Senat gewählt wird? Wobei, unter all den schwarzen, grünen, gelben oder rosa Köpfen an diversen Masten und Säulen sah ich kein einziges Konterfei eines Linken. Das wird sich wohl noch ändern, falls die sich nicht völlig untereinander aufreiben. Aber – was sind schon Köpfe? Wo sind die Botschaften? Wo sind überzeugende Angebote? Traun sich Linke an die Vermögen der Großbanken, der Konzerne, derer, die beispielsweise am Potsdamer Platz residieren? Abgeschirmt, hoch oben unter den Wolken, wo die Freiheit grenzenlos ist. Und die sagen uns: *Du kannst etwas tun.* Soviel Zynismus tut körperlich weh.

Da kann die 2-Stunden-Flucht in die bunte Zirkuswelt kaum trösten, trotz der Botschaft, dass unser verletzlicher Planet uns allen gehört, zur Lust und zur Freude. Afrikanern oder ALG-II-Leuten auch?

In seinem ersten Jahr als Gewandhauskapellmeister setzte Riccardo Chailly klare Akzente. Am Anfang stand das Bekenntnis zu Felix Mendelssohn Bartholdy und dessen Wirken als Gewandhauskapellmeister: das Bekenntnis zur Tradition und zum Einsatz für Neues. So erlebten im Eröffnungskonzert nach der „Sommernachtstraum“-Ouvertüre in der Fassung von 1826 vor dem 114. Psalm und der Sinfonie-Kantate „Lobgesang“

aber auch zur Musik des 20. Jahrhunderts und zum gegenwärtigen Musikschaffen. Er dirigierte Gustav Mahlers höchst

Der vor 150 Jahren gestorbene Robert Schumann wird im September während der diesjährigen Mendelssohn-Festtage

Ereignisreich

Die Konzertsaison

Von **WERNER WOLF**

die „Verwandlungen II“ von Wolfgang Rihm ihre Uraufführung. Eine zweite Uraufführung widmete Chailly den Cuts VI-VIII des Leipziger Komponisten Bernd Franke.

In seinem ersten Anrechtskonzert führte der Künstler zum 150. Geburtstag Arthur Nikischs Bruckners „Fünfte“ auf. Gebührende Achtung zollte er Johannes Brahms mit der „Zweiten“ und den beiden Klavierkonzerten, Peter Tschaikowski mit der „Fünften“. Im Sinne der traditionsreichen Silvesterkonzerte mit Beethovens „Neunter“ begann Chailly Neues, indem er in der Passionszeit Bachs Johannes-Passion aufführte. Sie wird künftig im jährlichen Wechsel mit der Matthäus-Passion erklingen. Nachdrücklich bekannte sich Chailly

anspruchsvolle „Siebente“ im Gewandhaus und – ein Novum – auch auf Reisen mit dem Orchester. Neues versprochen die Entdeckerkonzerte, in denen diesmal Alban Bergs Klaviersonate original und in der Orchesterbearbeitung von Theo Verbey geboten wurde. In dieser Reihe hätte auch die von Chailly im Anrecht dirigierte konfliktgeladene dritte Sinfonie von Sergej Prokofjew stehen können. Im Vorklang auf Schostakowitschs 100. Geburtstag am 25. September waren unter Leitung von Gastdirigenten bereits die sechste, neunte und zehnte Sinfonie dieses Komponisten zu erleben. Neben vielversprechenden jüngeren Gastdirigenten war erstmals auch der weithin berühmte 80-Jährige Charles Mackerras im Gewandhaus zu erleben.

Das Programm für die neue Spielzeit mit dem 225. Jahrestag der Eröffnung des ersten Konzertsales im einstigen Gewandhaus und dem 25. Jubiläum des neuen (dritten) Hauses führt diese Entwicklungstendenz konsequent weiter.

und im Laufe der Spielzeit ge-bührend gewürdigt. Dabei werden Schumanns Sinfonien von Chailly in der Instrumentation von Gustav Mahler aufgeführt. Weitere vier Sinfonien und Konzerte werden zu Schostakowitschs Geburtstag erklingen. Ein Entdeckung verspricht die Uraufführung eines Orgelkonzertes von Steffen Schleiermacher. Für weitere derartige Projekte wäre Skrjabin „Prometheus“-Poem zu bedenken, das noch nie in Gewandhauskonzerten aufgeführt wurde.

Nicht weniger Aufmerksamkeit verdienen die drei Reihen des MDR-Sinfonieorchesters und Chores. Die Uraufführung des Requiems vom Schweizer Komponist Jean-Luc Darbellay, die Aufführungen von Beethovens Messe C-Dur, des „Elias“ von Mendelssohn, der „Carmina burana“ von Orff unter Fabio Luisi, des von Verdi angeregten Requiems mehrerer italienischer Komponisten für Gioacchino Rossini, des Oratoriums „Das Paradies und die Peri“ von Schu-

mann im Gewandhaus sowie die Nachtkonzerte in der Peterskirche unter Howard Arman schufen einzigartige chorsinfonische Höhepunkte.

Das Sinfonieorchester und seine Konzerte unter Luisi und Gastdirigenten bringen manche Seltenheiten, die stärkeren Besuch verdienten. Mit Mozarts Requiem, Mendelssohns „Paulus“, Schumanns „Faust“-Szenen, Karl Amadeus Hartmanns zweiter Sinfonie und Violinkonzert, Bruckners „Sechster“ hat sich Luisi - ab 2007 Chefdirigent der Staatsoper und der Staatskapelle Dresden - für seine letzte Leipziger Spielzeit nochmals Werke von besonderem Gewicht ausgewählt.

Regen Zuspruch erfreuen sich die Sinfoniekonzerte des Akademischen Orchesters unter Horst Förster. Viel Aufmerksamkeit wecken die Konzerte der großen Leipziger Amateurchöre, wie das vor Saisonschluss mit den Aufführungen von Monteverdis Marienvesper durch den von Martin Krumbiegel geleiteten Oratorienchor und der „Carmina burana“ von Orff durch den Universitätschor unter David Timm deutlich wurde.

Die zahlreichen Kammermusiken des Gewandhauses, die Rathauskonzerte und die ganz den Zeitgenossen gewidmeten „Send(e)r musiken“ des Rundfunks bieten ebenso Vielfältiges wie die Sinfoniekonzerte und wären einer speziellen Würdigung wert.

Auf der Habenseite: ein exzellentes Ensemble, eine führungsstarke Intendanz. Ebenso die sozialkritische Leitlinie, die sich durch den Spielplan zog. Erinnerung sei an Henrik Ibsens „Peer Gynt“, an Gerhart Hauptmanns „Die Ratten“ und vor allem an Heiner Müllers „Zement“. Dagegen ist es kaum gelungen, qualitativ hochwertige zeitgenössische Dramatik ins Programm zu holen. Die Ausnahme: Christoph Heins „Horns Ende“ in der Bühnenfassung von Armin Petras. Zur Schattenseite gehört Neil LaButes „Das Maß der Dinge“. Unerklärlich, wieso sich dieses Stück immer noch in unseren Spielplänen tummelt. Das Theater-Sport-Spektakel zur Fußball-WM war ein Kraftakt für alle Beteiligten. Es erfüllte aber leider nicht die Erwartungen hinsichtlich des Besucherandrangs. Trotzdem konnten allgemein betrachtet die Besucherzahlen gesteigert werden. In der letzten Saison wurden

128 000 Zuschauer gezählt (2004/05: 116 000). Die Statistik weist da 620 (2004/05: 545) Veranstaltungen (Vorstellungen und Gastspiele) aus.

Licht und Schatten

Die Schauspielsaison

Dem herausragenden, ehrenamtlichen Engagement des Freundeskreises des Schauspielhauses ist es zu verdanken, dass die Fassadenrenovierung weiter vorankommt. Dank der Spendenbereitschaft vieler Leipziger Bürger, der Sparkasse Leipzig, des Deutschen Bühnenvereins, der Stadtwerke und von BMW überwies der Freundeskreis 96 400 Euro an die Stadt. Zusammen mit den Denkmalschutz-Fördermitteln, die nun bereitgestellt werden können, ergibt das eine Summe von 300 000 Euro, die im Som-

mer 2006 für den Fassadenabschnitt Bosestraße / Dittrichring zur Verfügung steht. Die rechtlichen Probleme konnten in einem Vertrag zwischen Stadt und

Restitutionsantragstellern gelöst werden. Im März 2007 wird das neue Gebäude des Schauspielhauses 50 Jahre alt, besser gesagt jung. Mit Schillers „Wallenstein“ soll dieses Jubiläum gefeiert werden, dem Stück, mit dem das umgebaute alte Central-Theater am 1. März 1957 eingeweiht wurde. An historischen Stätten, unter Beteiligung von Jugendlichen, wird Wolfgang Engel seine Sicht auf den „Wallenstein“ zeigen. Das Motto der Spielzeit „Ein jeder gibt den Wert sich selbst“ (aus „Wallensteins Tod“) ist viel-

leicht auch ein augenzwinkernder Beitrag zum Kulturranglistenstreit. Die Jubiläumssaison wartet u. a. mit Hauptmanns „Vor Sonnenuntergang“, von Kleists „Der zerbrochene Krug“, Ibsens „Hedda Gabler“ und Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung“ auf.

Eines ist dennoch auffällig: Seit über sechs Jahren hat das Schauspiel Leipzig keine Neuinszenierung von Goethe und Brecht mehr gewagt. Auch in der Spielzeit 2006/07 ist nichts Derartiges geplant. Obwohl Intendant Wolfgang Engel eigentlich eine glückliche Hand für diese Bühnenklassiker hat. Man kann lange über den bildungspolitischen Auftrag eines Stadttheaters philosophieren und endlos Bühnentempel als bewegte Museen kritisieren – aber diese dauernde Abwesenheit von J.W.G. und b.b. wird allmählich zum negativen Markenzeichen des Leipziger Schauspielhauses.

• D. M.

Längst vergessen ist heute die durchaus interessante Tatsache, dass vor 50 Jahren Regisseure wie Fred Zinnemann (Der alte Mann und das Meer), aber auch Carol Reed (Unser Mann in Havanna) diese berühmten Filme mit kubanischer Hilfe drehten. Bereits 1896, als die Bilder laufen lernten, filmte ein amerikanischer Kameramann auf der Insel. Die ersten Bild-Versuche reichen also sehr weit zurück.

Eine nennenswerte eigene kubanische Spielfilmproduktion gab es vor der sozialistischen Revolution jedoch nicht. Junge Intellektuelle wie Tomas Gutierrez, Jose Massip oder Alfredo Guevara gelten als die Begründer des kubanischen Spielfilms.

1963 drehte Kurt Maetzig auf der Insel die DEFA-Co-Produktion „Preludio 11“. Diese und weitere rein kubanische Filme können jetzt nach langer Abstinenz endlich wieder betrachtet werden. Eine nagelneue, umfängliche DVD-Edition „Meisterwerke des kubanischen Films“

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Kuba-Raritäten

Von **MICHAEL ZOCK**

ermöglicht diesen interessanten Blickwinkel.

Vor 40 Jahren entstand „Die Abenteuer des Juan Quin Quin“. Gezeigt wird die Entwicklung eines jungen Kubaners vom Gehilfen eines Pfarrers zum aufmüpfigen Kleinbauern, der mit Gleichgesinnten den Aufstand wagt. Das Ganze als Schelmenroman inszeniert und in den 70er Jahren bereits im DDR-Kino gezeigt. Damals auch im Spielplan die derbe Komödie „Die zwölf Stühle“, nach der berühmten Vorlage von Ilf und Petrow.

Das ist die äußerst turbulente Jagd nach einer Erbschaft, die in einem Stuhl versteckt sein soll. Schon der alte deutsche Film fand mit Heinz Rühmann

und Hans Moser an diesem Stoff Gefallen, zählte nur etwas anders und nannte seine Produktion „Dreizehn Stühle“. Regie bei den „12 Stühlen“ Tomas Gutierrez. Dieser Film ist nun als DVD zu haben.

Meine Empfehlung gilt aber dem „Tod eines Bürokraten“ produziert 1966. Ein Arbeiter wird bei einem Unfall getötet und mit seinem Arbeitsbuch beerdigt. Damit die Witwe ihre Rente erhalten kann, muss das Dokument wieder her, doch das führt zu Problemen mit der Bürokratie. Ein bemerkenswerter Film aus der Abteilung: Sozialistische Selbstkritik, dem damals die DDR-Kinos verschlossen blieben. Mit großer Mühe wurden jetzt diese und weitere Raritäten technisch aufpoliert, um sie vor dem Vergessen zu bewahren. Sehenswert!



Auch eine Rarität – aus der „Neuen Leipziger Zeitung“ vom 6.5.1928. **bb** als 30-Jähriger. Illustration von B.F. Dolbin zu einer Reportage Erich Kästners über Literatenlokale.

Die Formierung der neuen Linkspartei kommt, so scheint es, nur schwer voran. Es stellt sich die Frage, ob es sich um normale „Geburtswehen“ oder um eine ernsthafte innere Krise handelt. Nun liegt eine Sammlung von Wortmeldungen zu diesem Parteiprojekt vor. Hans Modrow, der auf strittige Punkte im Parteibildungsprozess verweist und zu beachtende Unterschiede der beiden Parteien benennt, sagt es klar: „Wenn der Berg der ungelösten Probleme zu groß wird, dann wird er nicht mehr zu bewältigen sein. Und wenn die Last, die daraus erwächst, zu schwer wird, kann auch das Projekt daran zerbrechen.“ Modrow, für den innerparteiliche Demokratie mehr ist als Beschlüsse von Parteitag, plädiert für eine Urabstimmung in der Linkspartei.PDS. Dabei gehe es jedoch nicht nur darum, ob man für (oder gegen) die Vereinigung ist, sondern vor allem um die Klärung der Frage, welchen Charakter die neue Partei haben sollte. Mit dem Blick darauf, dass die Debatte zu einer

**Hans Modrow:
Urabstimmung nach offenem,
vorurteilsfreiem Dialog über den
Charakter der neuen Partei**

Perspektive, die als demokratischer Sozialismus verstanden wird, bisher noch nicht geführt wurde, betont er: „In beiden Parteien ... ist ein offener, vorurteilsfreier und sachlicher Dialog über Programm, über Profil und Struktur der zu bildenden linken Partei auf Bundesebene eine absolute Notwendigkeit und eine Grundvoraussetzung für das Gelingen des gesamten Projektes. Es geht im Kern darum, was heute eine neue Linke ist.“

Ulrich Maurers kurzer Text lässt aufhorchen. Er meint, weder die Linkspartei.PDS noch die WASG seien Parteien, „sondern Ansammlungen von Strömungen und Individuen“. Konkret: „In ihnen sammeln sich Karrieristen, Paradiesvögel und Gescheiterte, Strömungsweltreisende und am Ort verhaftete Gewerkschaftler. Sie schreiben E-Mails, deren Denunziations- und Klatschcharakter jeden Friseursalon vor Neid erblassen lässt.“ Die Schlussfolgerung aus seiner Zustandsbeschreibung lautet: „Entweder wir ... werden Partei – oder wir werden als lächerliche Posse in die Geschichte einer Gesellschaft eingehen, die unter dem Druck des globalisierten Kapitals jeden Zusammenhalt verloren hat und in der der Zynismus des Marktes regiert.“ Für Maurer, dessen Auffassung ein völlig anderes Parteiverständnis als das in der Linkspartei.PDS vorherrschende zugrunde liegt, gilt nach wie vor das gegebene Versprechen: „Aufruf zur Sammlung der Linken und zur Klärung von Inhalten durch demokratische Entscheidungen.“

Geheime Dienste – keine Traumwelt

Während im Geheimdienstausschuss des Bundestages die Köpfe rauchen, gehen die Medien dazu über, ihre eigenen Untersuchungen anzustellen. Jetzt hat die Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien „WeltTrend“ sich dieses Themas angenommen. Das Heft 51 thematisiert „Geheime Dienste“. Unter den 15 Analytikern der Branche sind neben Erich Schmidt-Eenboom u. a. Rudolf Adam, der Israeli Shlomo Shpiro, Anna Daum, Thorsten Wetzling und Thilo Weichert zu finden.

Adam schreibt Ignoranten ins Stammbuch: „Wer glaubt, ohne geheime Dienste auskommen zu können, lebt in einer Traum-

Links oder lahm?

Neue Partei oder lächerliche Posse?

Klaus Blessing belegt, warum das „moderne“ kapitalistische Gesellschaftssystem unfähig ist, elementare soziale, kulturelle und ökologische Bedürfnisse der Menschen zu sichern. Er begründet, warum eine linke Partei sich nicht mit einer Kritik und Bekämpfung der Erscheinungen des Kapitalismus zufrieden geben kann, warum sie die Wurzeln dieses Systems bloßlegen und angreifen muss. Eine seiner Hauptaussagen lautet: „Nur vergesellschaftetes Eigentum schafft reale Bedingungen für eine gerechte Verteilung.“ Blessing vertritt den Standpunkt, dass das soziale Grundprinzip des gescheiterten „realen Sozialismus“ richtig war: annähernd gleiche soziale Verhältnisse für alle Menschen auf der Basis eines Eigentums, an dem alle Menschen beteiligt sind. Ein neues und besseres Gesellschaftskonzept müsse zweifelsfrei von diesen Grundlagen ausgehen. Es sei daher an der Zeit, „dass eine linke Partei eine ehrliche und unvoreingenommene Aufarbeitung des realen Sozialismus vornimmt, sich von Mängeln und Fehlern lossagt, aber den Sozialismus als Gesellschaftsalternative weiter entwickelt“.

Robert Allertz, der sich des Themas „Die Linke und das MfS“ annimmt, meint,

**Ulrich Maurer:
Weder Linkspartei noch WASG
sind Parteien, sondern Ansamm-
lungen von Strömungen und
Individuen, die sich E-Mails mit
Denunziations- und Klatschcha-
rakter schreiben.**

dass es kein zweites Thema gibt, bei dem sich „die Linke“ die Lesart der Gegenseite derart zu eigen gemacht hat wie bei diesem. „Sie hat es bisher unterlassen, ihr Verhältnis zum MfS klar zu bestimmen, weil sie auch kein eindeutiges Verhältnis zur DDR bezogen hat.“ Einmal mehr deutet sich an, dass die Haltung zur DDR eine der strittigsten Fragen im Parteibildungsprozess sein wird.

Zu den insgesamt 21 Autoren gehören im weiteren unter anderem: H.-W. Deim (Weltmacht USA und die Gefahr neuer Kriege); T. Pflüger (EU 2010: Großmacht im Werden), E. Crome (Frieden und

Sicherheit und der Grundkonsens in einer sozialistischen Partei); D. Klein (Notwendigkeit und Möglichkeit sozialer Reformen im Kapitalismus und darüber hinaus); J. Elsässer (Große Koalition als Herausforderung für linke Opposition); H. Nick (Über den Wert des öffentlichen Eigentums), M. Brie (Zur Aktualität einer alternativen Politik); K. Höpcke Politik und Ideologie); W. Gehrke (Die Linke und die soziale Frage). M. Wekwerth (bb, Tui und Sozialismus). Die lediglich aus Platzgründen nicht genannten Beiträge sind wegen ihrer Anregungen nicht weniger lesenswert.

Am Ende der Lektüre drängt sich die Frage auf, wie realistisch die Absicht ist, den komplizierten Bildungsprozess einer neuen linken Partei bis Ende Juni 2007 zum Erfolg zu führen. Bodo Ramelow, der Beauftragte des Linkspartei-Vorstandes für die Parteineubildung, erklärte vor wenigen Tagen, dass der erste gemeinsame Parteitag bereits im März 2007 in Bremen stattfinden werde. Im jüngsten Pressedienst der Linkspartei.PDS ist hingegen von parallel stattfindenden Parteitagen die Rede. Derartige widersprüchliche Aussagen sind bedenklich. Der Terminplan für den Einigungsprozess lässt erkennen, dass

**Robert Allertz:
Es gibt kein zweites Thema, bei
dem sich „die Linke“ die Lesart
der Gegenseite derart zu eigen
gemacht hat.**

dieser nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten erfolgen soll. An die Stelle der gewählten Vorstände beider Parteien ist eine gemeinsame „Steuerungsgruppe“ getreten. Doch nicht Einzelpersonen oder eine Steuerungsgruppe, sondern die gewählten Leitungsgremien müssen den Parteineubildungsprozess politisch führen. Es geht darum, dass die überwiegende Mehrheit der Mitglieder Anteil am Bildungsprozess hat. Bei der Debatte in der Linkspartei.PDS wird es auch darum gehen – Modrow verweist darauf –, ob in der neuen Partei noch Platz für ältere Mitglieder sein wird. Es bleibt die Frage: Ist es gut bestellt um den Weg zur neuen Linkspartei? Die Bildung einer neuen deutschen linken Partei ist notwendig und auch möglich. Doch sie muss ernsthaft gewollt und gemeinsam umsichtig gestaltet werden. Der Sinn des Spruches „Wer hohe Türme bauen will, muss sich sorgfältig um das Fundament kümmern“ sollte auch für das linke Parteiprojekt gelten.

• KURT SCHNEIDER

Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung. Hrsg. von Ulrich Maurer und Hans Modrow. edition ost, Berlin 2006. 256 S., 12,90 Euro

Helmut Bock hat anlässlich des 150. Geburtstages Heinrich Heines, des größten deutschen Dichters des 19. Jahrhunderts, der bedeutendsten Gestalt der deutschen revolutionären Demokraten, ein höchst lesenswertes Essay vorgelegt. Der Autor zeichnet anschaulich die dramatischen Ereignisse im Gefolge der Revolution von 1789 und den gesellschaftlichen Hintergrund nach, aus dem heraus Heinrich Heine seinen Optimismus und den schier unermüdlischen Schwung für den von ihm zeit lebens geführten Freiheitskampf schöpfte.

**Heinrich Heine –
ein historischer Zeitgenosse**

„unser älterer Bruder“



Einer jüdischen Kaufmannsfamilie entstammend und angesichts schlechter Aussichten, ein Manufakturwarengeschäft in Hamburg zu errichten, wandte er sich der Literatur zu. Vor allem drei Persönlichkeiten haben, wie Bock verdeutlicht, den Querdenker Heine beeindruckt: Napoleon, Goethe und Hegel – allesamt Hoffnungsträger für die Gestaltung einer modernen, antifeudalen bürgerlichen Gesellschaft. Der widersprüchliche Ablauf des 19. Jahrhunderts – mit den großen Hoffnungen auf demokratischen Fortschritt und den herben Enttäuschungen angesichts der nachnapoleonischen Restauration – widerspiegeln sich in der Unrast, die Heine letztlich in das Pariser Exil trieb, und in seinem herausragenden literarischen Schaffen, von der romantischen Lyrik bis zur beißenden Satire und Publizistik.

Dem Verlag ist mit der Veröffentlichung von Helmut Bock ein guter Wurf gelungen. Sie regt an, den Dichter, der für eine gerechte und solidarische Menschenwelt stritt, in der Kette der Generationen als Zeitgenossen, als „unseren älteren Bruder“ zu begreifen. Die Ideale, für die Heinrich Heine seinen Freiheitskrieg führte – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – harren auch im 21. Jahrhundert noch ihrer Verwirklichung.

• WINFRIED STEFFEN

Helmut Bock: Heinrich Heine. „Verlor'ner Posten in dem Freiheitskriege“. Zum 150. Todestag. Karl Dietz Verlag, Berlin 2006. 160 Seiten, 9,90 Euro

• FRANZ-KARL HITZE

WeltTrend. Vierteljahrszeitschrift, Heft Nr. 51. „Geheime Dienste“. Zu beziehen bei: Universität Potsdam, PF 900327, 14439 Potsdam, 9,50 Euro pro Heft. E-Mail: bestellung@welttrends.de

KALENDERBLATT

Vor 35 Jahren

**Viermächte-
Abkommen über
Berlin**

Die DDR war von ihrer Gründung an in besonderem Maße dem Kalten Krieg ausgesetzt. Dem diente Westberlin, das zu einem Brückenkopf ausgebaut wurde. Die Errichtung der Mauer in Berlin war trotz negativer Auswirkungen auf die DDR eine wirksame Maßnahme gegen den Versuch, von Westberlin aus in die DDR hineinzuwirken. Dennoch waren viele Fragen strittig und unzureichend geklärt, die nunmehr mit dem am 3. September 1971 von den Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichneten Abkommen über Berlin eine völkerrechtliche Regelung erfuhren.

Die vier Regierungen handelten auf der Grundlage ihres Viermächte-Rechts gegenüber Deutschland. Sie verpflichteten sich, die Beseitigung von Spannungen und die Verhütung von Komplikationen in und um Berlin zu fördern sowie Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen, individuelle und gemeinsame Rechte gegenseitig zu achten und die Lage, wie sie sich in Berlin entwickelt hatte, nicht einseitig zu verändern. Die Regierung der UdSSR erklärte, dass der Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf Straßen, Schienen und Wasserwegen durch das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik erleichtert werden wird.

Die drei westlichen Regierungen bekundeten, dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrecht erhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, „dass diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschlands sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“.

Die Regierung der UdSSR erklärte, dass die Kommunikationen zwischen den Westsektoren Berlins und Gebieten, die an diese Sektoren grenzen, sowie denjenigen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht an diese Sektoren grenzen, verbessert werden. Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins werden aus humanitären, familiären, religiösen, kulturellen und kommerziellen Gründen oder als Touristen in diese Gebiete reisen und sie besuchen können.

Entsprechende Anlagen regelten die Anwendung und Durchführung der Übereinkünfte. Damit war ein bedeutsamer Schritt zur Entspannung der Lage in Mitteleuropa erfolgt.

• KURT SCHNEIDER

Am 1. September 1946 fanden im Land Sachsen die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und zu den Stadtverordnetenversammlungen statt. An den folgenden Sonntagen wurden in Thüringen und in der Provinz Sachsen (8. 9. 46), in Mecklenburg-Vorpommern und in der Provinz Brandenburg (15. 9. 46) gewählt. Im Oktober 1946 folgten die Wahlen zu den Kreis- und Landtagen.

Vor allem nach dem Wandel des geistig-kulturellen Lebens, der Bodenreform und der Entzerrung der Nazi- und Kriegsverbrecher waren insgesamt gesamtgesellschaftliche Bedingungen entstanden, die es nunmehr ermöglichten, demokratische Wahlen durchzuführen.

**Kein Wahlrecht für
Kriegsverbrecher und
Nazi-Funktionäre**

Der staatsrechtlichen Form nach wurden die Wahlen weitgehend nach den bürgerlich-parlamentarischen Prinzipien der Weimarer Republik – bei Beachtung der Situation nach 12-jähriger Herrschaft des Faschismus – durchgeführt. Die einzelnen Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks traten mit selbständigen Listen auf. Wahlberechtigt waren alle Männer und Frauen vom 21. Lebensjahr an. Wählbar waren alle Bürger ab dem 23. Lebensjahr, die ihren Wohnsitz seit mindestens sechs Monaten im Gemeindegebiet hatten. Vom Stimmrecht ausgeschlossen waren Kriegsverbrecher, frühere Angehörige der SS und der NSDAP und ihrer Gliederungen, sofern sie verantwortliche Funktionen ausgeübt hatten. Ebenso hatten sonstige Aktivisten des Faschismus, deren Namen den Gemeindeorganen auf Vorschlag der Parteien durch den antifaschistisch-demokratischen Block namhaft gemacht worden waren, kein Stimmrecht. Der Wahlvorgang vollzog sich nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts in unmittelbarer und geheimer Wahl.

**Alle Parteiprogramme
für demokratischen
Aufbau**

Im Mittelpunkt des Wahl-Programms der SED standen: Schaffung einer demokratischen Gemeindeverfassung, gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, Beseitigung der Wohnungsnot, Aufbau einer Friedenswirtschaft, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Hilfe für die Neubauern, gerechte Lastenverteilung und soziale Steuergestaltung, Verbesserung der Volksgesundheit, Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in allen Betriebsangelegenheiten, Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des gesellschaftlichen

September/Oktober 1946:

Demokratische Wahlen in hoffnungsvoller Zeit

Lebens, Grundrechte der jungen Generation, insbesondere der politischen Rechte sowie des Rechts auf Arbeit und Bildung, Betreuung der Kriegsgefangenen, Heimkehrer und Umsiedler. Gleiche oder ähnliche Forderungen enthielten die Programme der CDU, LDPD, des Frauenausschusses und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Zugleich waren anderslautende Forderungen der CDU und LDPD nicht zu übersehen.

Es lag auf der Hand, dass es trotz des Bekenntnisses aller antifaschistisch-demokratischen Parteien zur gemeinsamen weiteren Aufbauarbeit noch wesentliche politische Meinungsverschiedenheiten gab, die sich in der Regel daraus ergaben, dass die CDU und die LDPD antifaschistisch-demokratische Parteien bürgerlich-demokratischen Typs waren, deren soziale Basis sich von der der SED unterschied. Daraus resultierte, dass es neben den Gemeinsamkeiten auch sozial begründete unter-

schiedliche Interessen gab, die nicht ignoriert werden durften und deren Wahrnehmung nicht als Gegnerschaft zur SED zu werten war – ein Umstand, dem die SED nicht immer ausreichend gerecht wurde.

**Versuche
monopolkapitalisti-
scher Restauration**

Damit verbunden, gab es verständlicherweise auch unter den progressiven Mitgliedern der CDU und LDPD zum Teil noch unterschiedliche Auffassungen über die Stellung ihrer Parteien zur SED und über das weitere Vorgehen zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland. Diese Sachlage versuchten reaktionäre Kräfte in beiden Parteien als einen unüberwindbaren Interessenkonflikt mit der SED darzustellen. Ihre Bemühungen waren darauf gerichtet, die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu sprengen und Ost-

deutschland auf den Weg der Restauration monopolkapitalistischer Verhältnisse zurückzuführen, und zwar im Zusammenspiel mit gleichartigen politischen Kräften in den westlichen Besatzungszonen. Ihre diesbezüglichen Bemühungen gipfelten in Forderungen wie „freies Spiel der Kräfte“ in der Wirtschaft, Entschädigung enteigneter Großgrundbesitzer, Monopol- und Bankherren, Wiedereinführung des Berufsbeamten-tums, Rückgängigmachung von Maßnahmen im Zuge der Brechung des Bildungsmonopols. Zugleich lehnten besonders Kräfte in der CDU den Aufruf „Helft den Neubauern!“ ab.

Kreise um Jacob Kaiser (CDU) bedienten sich in demagogischer Weise der Losung „Christentum oder Marxismus“. Demgegenüber erklärten die SED und die progressiven Kräfte in der CDU, dass es um keine Alternative gehe, sondern, angesichts der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft Deutschlands, um „Christentum und Marxismus“. In Sachsen verfasste Otto Buchwitz einen Offenen Brief an die Christen, in dem er sich dagegen wandte, das Christentum zum Stimmfang bei den Wahlen zu erniedrigen.

**Ernsthafte
innerdeutsche
Kraftprobe**

Insgesamt war das eine Auseinandersetzung mit Auffassungen von Kandidaten der CDU und LDPD und kein Kampf gegen diese Parteien. Die bewährte Zusammenarbeit im Demokratischen Block, die durchaus nicht konfliktlos war, sollte nicht gefährdet werden. Damit waren die Wahlen im Herbst 1946 zu einer ernsthaften innerdeutschen politischen Kraftprobe geworden. Für den Ausgang der Wahlen war entscheidend, dass die SED und die fortschrittlichen Kräfte in der CDU und LDPD den Verleumdungen und Anschlügen auf die demokratische Einheit aller gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam entgegentraten. In allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone stimmte die absolute Mehrheit für den weiteren Vollzug der bisher vollzogenen Entwicklung in Ostdeutschland.

**Erste revolutionär-
demokratische
Machtorgane**

Im Ergebnis der Wahlen entstanden erstmals in Deutschland auf kommunalpolitischer Ebene revolutionär-demokratische Machtorgane, deren Wirken – trotz nicht zu übersehender Differenzen vor allem zwischen den Parteien – auf die Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gerichtet waren.

• KURT SCHNEIDER

Sachsen am 1. Sept.:	
SED	1 608 851 Stimmen
CDU	655 147 Stimmen
LDPD	671 271 Stimmen
Frauenausschuß	24 663 Stimmen
VdgB	29 493 Stimmen
Sonstige	6 939 Stimmen
Sachsen-Anhalt am 8. Sept.:	
SED	1 234 120 Stimmen
CDU	325 109 Stimmen
LDPD	487 889 Stimmen
FDGB	353 Stimmen
Frauenausschuß	16 544 Stimmen
VdgB	25 136 Stimmen
Thüringen am 8. Sept.:	
SED	752 396 Stimmen
CDU	270 882 Stimmen
LDPD	383 046 Stimmen
Frauenausschuß	30 020 Stimmen
VdgB	51 810 Stimmen
Sonstige	1 707 Stimmen
Brandenburg am 15. Sept.:	
SED	820 600 Stimmen
CDU	259 038 Stimmen
LDPD	236 287 Stimmen
FDGB	856 Stimmen
FDJ	49 Stimmen
Frauenausschuß	13 975 Stimmen
VdgB	38 062 Stimmen
Mecklenburg-Vorpommern am 15. Sept.:	
SED	677 177 Stimmen
CDU	162 730 Stimmen
LDPD	102 540 Stimmen
Frauenausschuß	12 692 Stimmen
VdgB	18 185 Stimmen

Tabelle (Faksimile): Wahlergebnisse in der sowjetischen Besatzungszone



Von
**KLAUS
HUHN**

Ja, zunächst könnte vom Fußball die Rede sein, vom überzeugenden Triumph des Klinsmann-Nachfolgers Löw mit seiner Elf gegen die schwedische B-Auswahl, von den Hoffnungen, die sogleich mit den EM-Ausscheidungen verknüpft wurden, vom für manche mageren Start in die Bundesligasaison und notfalls auch von den WM-Helden, von denen einige dem Bundespräsidenten eine Absage erteilten, als der ihnen Orden überreichen wollte. Einige der Stars hatten wohl wichtigere Termine, einige suchten nicht mal eine Ausrede, sondern bekundeten schlichtes Desinteresse und Klinsmann, auf den immerhin ein Bundesverdienstkreuz wartete, war die Anreise zu umständlich.

Das wurde aber in den Medien nur mehr nebenbei erwähnt, kommentiert wurden die Absagen nicht. Auch wir begnügen uns mit der nüchternen Feststellung, dass die Mannschaft den „Deutschland-fast-über-alles-Trubel“ wohl schon abgebucht hatte, was auch daran liegen kann, dass „Deutschland“ ihnen nicht die sechs- bis siebenstelligen Gehälter zahlt, sondern die Firmen, die sich offiziell Klubs nennen und deren Dress sie meist tragen. Der Bundespräsident überlächelte die Situation und hatte damit kein Problem.

Kaum war von den Schwimmerinnen die Rede, obwohl die verblüffende Erfolge errungen hatten, und zu rühmen gewesen wären und die Leichtathleten, die in Göteborg mehr Medaillen holten, als erwartet worden waren. Das alles aber geriet in den Schatten einer Nachricht, die in den meisten Medien aus mehrerlei Gründen nur in ungewöhnlicher Kürze mitgeteilt wurde – obwohl sie es verdient hatte, dem Publikum mit fetten Schlagzeilen verkündet zu werden: Der neue deutsche Sportbund (DSOB) hat einen Star für das Abwehrzentrum engagiert und darf fortan sicher sein, nur noch handverlesene

ne Funktionäre und Trainer in seinen Mannschaften wissen. Der Mann wurde mit seiner „Berufung“ dem Vergessen entrissen, in das er just zu geraten drohte: Joachim Gauck. Man weiß hierzulande genug über den 66jährigen Inquisitor und kann deshalb dem DOSB nur bescheinigen: Der Mann ist erste Wahl. *Die Frankfurter Allgemeine Zeitung* begnügte sich mit zehn Zeilen. Aber die gern an der Spitze des Anti-DDR-Kreuzzugs ihre Fahnen schwenkende *Berliner Zeitung* engagierte – man bedenke! – mit Grit Hartmann eine Leipzigerin(!), um das Ausmaß dieses Schritts gebührend zu würdigen und nannte als Ursprung der halben Zeitungsseite sogar unbekümmert „Leipzig“.

Grit absolvierte einen mäßigen Handstandüberschlag

Sportkolumne

Der „Neue“ im Abwehrzentrum

und brachte die Meldung, dass Gauck künftig den deutschen Sport vor Stasi-Unheil bewahren wird, in den richtigen Zusammenhang: „Wenn sogar Günter Grass selbstgefällig das Vergessen beweihräuchert ... – was soll da das Gerede über die Stasi?“ Grit rückte die Dinge wieder gerade, obwohl sie bekundete, es sei „nicht ganz einfach über die zweite deutsche Diktatur zu sprechen.“ Diese Misere ist nun vorüber: Gauck spielt künftig den Libero. Und – so verriet Grit den Lesern, auch die nötige Literatur sei zur Hand: Das neue Buch eines Mannes, der sich selbst gern an der Spitze der Kämpfer gegen Doping und Stasi sieht und nun gebührend geförderte 700 Seiten vollgeschrieben hat. Nichts Neues, aber – siehe oben – es geht gegen die „zweite deutsche Diktatur“ und da ist alles erlaubt, selbst Reprisen am Stück. Nur: Als Spitzer das Buch im Dresdner Hannah-Ahrendt-Institut vorstellte, ignorierten die DOSB-Funktionäre die Einladung, und das erinnerte unwillkürlich an die Absagen der Fußballstars beim Bundespräsidenten. Aber Grit Hartmann blieb guter Dinge: „Möglich,

dass nun Joachim Gauck dem neuen Sportführer Thomas Bach eine Selbstverständlichkeit beibringen kann: Unter Stasi- und Dopingbelastung leidet keineswegs nur der Ruf der Sportnation...“

Unterstrichen wurde diese „Anklage“ durch ein riesiges Bild des Chemnitzer Eislauftrainers Ingo Steuer, gegen den bekanntlich heftige „Stasi“-Vorwürfe vor den Olympischen Winterspielen erhoben worden waren. Nicht mitgeteilt wurde allerdings, ob Gauck im Ernstfall auch das Training der deutschen Eiskunstläufer übernehmen wird.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Allen Versuchen, den Kummer von Hartz-IV-Empfängern mit Hinweisen auf die „Stasi“-niedertrampeln zu wollen, muss begegnet werden. Und obendrein auch den nun 16 Jahre währenden Anläufen, jeden, der sich der Sicherheit des Staates DDR widmete, zu kriminalisieren. Wir nennen keinen aus deren Kreis, erlauben uns aber darauf hinzuweisen, dass auch in Göteborg manch wertvolle Medaille durch Schützlinge von Trainern erkämpft wurde, die zu diesem Kreis gehörten.

Wir werden auch nicht müde, daran zu erinnern, dass von Joachim Gauck eine Akte existiert, in der protokolliert wurde,

dass ihm ein ranghoher Offizier den Dank des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR übermittelte. Dated ist das Protokoll vom 28. Juli 1988. Ein einziger – zugegeben etwas lang geratener – Satz aus dieser Akte: „Weiterhin wurde in diesem Zusammenhang Gauck gedankt für seine Initiativen für seine langfristige gute Zusammenarbeit und Durchführung des Kirchentages, ihm wurde auch gedankt für seinen hohen persönlichen Einsatz und dieser Dank wurde vom Mitarbeiter nicht nur aus persönlichen Gründen vorgebracht, sondern ihm wurde auch deutlich zu verstehen gegeben, daß dieser Dank seitens des MfS an Gauck ergeht.“

Zusatz: „Gauck wurde durch den Mitarbeiter erklärt, daß die von ihm beantragten Einreise seiner in die BRD übergesiedelten Kinder durch die zuständigen staatlichen Organe zugestimmt wird...“

Und während Grass zu erklären versucht, wie er zur Waffen-SS kam, hat Gauck seine Kontakte zum MfS noch nie erklärt – vielleicht, weil er in der DDR gelernt hatte, welcher Unterschied da besteht!



**JETZT
AM KIOSK
ODER BEQUEM IM PROBEABO
01805 / 917 917**

(0,12 €/min)

www.melodieundrhythmus.com

**Jetzt
NEU!!!**

Zu LN 16'06: DDR war nicht „die Gute“

Widerspruch

Die Replik von Anette Lorenz auf die Kolumne von Egon Krenz in LN 14'06 kann nicht unwidersprochen bleiben. So ist es keinesfalls zutreffend, dass Krenz über die Geschehnisse in der DDR schlecht informiert gewesen wäre. Zum anderen sind die Darlegungen zur Strafverfolgung von Rassismus und ähnlichen Straftaten unzutreffend, was ich aus eigener Sachkenntnis weiß. Bei allen in der DDR begangenen Straftaten wurde schnell und gründlich ermittelt. Bestätigte sich ein Tatverdacht, erfolgten Anklageerhebung und Verurteilung ebenso in der möglichen Kürze.

Hinsichtlich ihrer Darlegungen über die Geschehnisse in der Zionskirche in Berlin ist anzumerken, dass die erstinstanzliche Entscheidung zwar Unverständnis unter der Bevölkerung hervorgerufen hatte. Unrichtig ist allerdings, dass das die Ursache für die Urteils-Aufhebung war. Diese erfolgte vielmehr – wie in der Strafprozessordnung der DDR vorgesehen – nach dem Protest des Staatsanwalts. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die wegen Rechtsbeugung von der bundesdeutschen Justiz verurteilten Richter der DDR ausschließlich wegen zu hoher und damit ungerechtfertigter Strafen angeklagt waren. Wegen fehlerhafter Gesetzesanwendung oder einer nicht vorliegenden Straftat konnte in keinem Falle eine Verurteilung erfolgen.

ROLF RICHTER, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

WIR NUTZTEN DIE SCHÖNEN TAGS und wanderten an Küsten und Stränden, aber es ist auch dort nicht nur der Wind, der viel zu erzählen hat. In Rostock zum Beispiel wurde energisch protestiert. Das sei mitgeteilt, wenn auch folgenlos. Es ging nämlich um die Bundesluftwaffe und die feierte ausgerechnet auf dem Fliegerhorst Laage ihr 50-jähriges Bestehen. Keiner der Generale kam darauf, dass dies, historisch betrachtet, der unpassendste Platz war, den man auswählen konnte. Denn vor 50 Jahren hatte die Bundesluftwaffe diese Gegend durch einen „Beitritt“ noch nicht in ihren Besitz gebracht. Und um diese historische Fehlleistung noch zu unterstreichen, erinnerte man mit Trara auch noch an den Namensgeber des Jagdgeschwaders 73: Johannes Steinhoff. Der Mann war mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet worden und kommandierte ein sehr unfriedliches Kampfgeschwader. Als die Bundeswehr entstand, wechselte er in deren Uniform und bekleidete später Posi-

tionen im Zusammenhang mit dem von Israel inszenierten Krieg gegen den Libanon und die Palästinenser (die Entführung der israelischen Soldaten war nur ein willkommenes Anlass für die schon lange geplante Aggression!) habe ich über die Rolle der BRD bei derartigen Auseinandersetzungen nachgedacht. Es verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass sich die BRD mehr und mehr zu einem kriegslüsternden Staat entwickelt, indem sie an zahlreichen Kriegs- und Krisenherden auf der Welt aktiv beteiligt ist bzw. durch „vornehme Zurückhaltung“ diese Handlungen indirekt gutheißt. Ein aktueller Beweis dafür ist auch die Umwandlung eines Teils des Flughafens Leipzig/Halle in eine NATO-Militärbasis, obwohl dies laut 2+4-Vertrag auf ostdeutschen Territorium untersagt ist.

Aber Oberlehrer USA doziert über neue Kriegs- und Krisenherde in der Welt und begründet dies u. a. mit der Einstufung als Schurkenstaat, die Machtübernahme in einigen Ländern durch linksgerichtete Regie-

Aus dem Offenen Brief

von ULF-PETER GRASLAUB, JULIANE NAGEL, FABIAN BLUNCK vom 6. August 2006

an Mitglieder der Linksfraction im Deutschen Bundestag

Verteiler: Dr. Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraction im Deutschen Bundestag; Monika Knoche, Michael Leutert, Katja Kipping (Mitglieder des Deutschen Bundestages), Neues Deutschland und SO! Die Zeitung der Linken in Sachsen.

Etwas fassungslos nehmen wir verschiedene Äußerungen von Amts- und MandatsträgerInnen der Linkspartei.PDS in Sachen Krieg im Nahen Osten zur Kenntnis.

„Israel eskaliert mit der Offensive gegen den Libanon immer weiter und zündelt an einem neuen Krieg im Nahen Osten.“ (Wolfgang Gehrcke am 13. 7. 2006);

„Wir müssen heute davon ausgehen, dass der Überfall der Hisbollah auf eine israelische Patrouille nur der Vorwand für die Umsetzung lang vorbereiteter Pläne zur totalen Zerstörung des südlichen Libanons war – wahrscheinlich mit Unterstützung der US-Administration.“ (Norman Paech am 24. 7. 2006)

„Unsere Reise ist Ausdruck der Solidarität mit der libanesischen Bevölkerung und des Protestes gegen die israelische Kriegsfüh-

rungen oder dem Westen nicht genehme Wahlergebnisse. Es gelte diese „unbotmäßigen Staaten“ zur Ordnung zu rufen. Dazu sind militärische Optionen nicht auszuschließen. Klassenprimus BRD hat gespannt zugehört, erinnert sich an „teutsche Tugenden“ aus der Kaiser- und Nazizeit, wo das gesellschaftliche Leben vorrangig militärisch geprägt war. So sind mittlerweile 7700 Soldaten der Bundeswehr in allen Ecken der Welt im Auslandseinsatz, der zur Beschwichtigung der eigenen Bevölkerung, die dafür kein Verständnis hat, als „Friedensmissionen“ bzw. „Wiederaufbauteams“ deklariert werden.

Die Schizophrenie der internationalen Außenpolitik erreicht ihren Höhepunkt, wenn Staaten, die sich nicht an Aggressionshandlungen beteiligt haben oder diese sogar verurteilten, anschließend aus den Steuergeldern ihrer Bürger Aufbauhilfe leisten sollen.

Das sollte von diesen Staaten konsequent abgelehnt werden und stattdessen die Verursacher der sinnlosen Zerstörungen zur Kasse gebeten werden, wobei bei Verweigerung dieser humanitären Hilfe durchaus über Strafmaßnahmen nachgedacht werden könnte. Das wäre eine gerechte Lösung!

Mir bleibt es ohnehin ein Rätsel, wo die Gelder für den Auslandseinsatz der Bundeswehr, deren laufende Versorgung und die Sicherung der Einsatzbereitschaft der Technik immer wieder locker gemacht werden (und das bereits seit Jahren!), wo den Bürgern tagtäglich eingebläut wird, dass der Staat kurz vor der Pleite steht. Aber für Kriegseinsätze ist, wie gehabt, offenbar immer Geld vorhanden. Für einen Bruchteil dessen könnte der Frieden in der Welt erhalten werden.

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER
LEIPZIG

„... unerhört, dass die Linkspartei Israel als ‚Aggressor‘ bezeichnet“

rung im Libanon. [...] Die deutsche Außenpolitik sollte sich hüten, im Nahost-Konflikt ausschließlich als verlängerter Arm der USA und Israels zu agieren.“ (Wolfgang Gehrcke am 24. 7. 2006) ...

Vollkommen vorbei gegangen zu sein scheint an verschiedenen Linkspartei-Akteuren der wichtige Reflektionsprozess der letzten Jahre, in dessen Zuge große Teile der Linken das Verhältnis zum Nahost-Konflikt auf den Prüfstand gestellt haben. Eine grundsätzliche Solidarisierung mit Israel (die Kritik an einzelnen politischen Entscheidungen nicht ausschließt) einerseits und die Entsolidarisierung mit religiösen, fundamentalistischen (Volks-)Befreiungsbewegungen andererseits sind die zentralen Eckpfeiler dieses Perspektivwechsels.

Als Mitglieder, SympathisantInnen und WählerInnen der Linkspartei, die wir durch diesen Diskurs geprägt sind, finden wir es unerhört, dass die Linkspartei offiziell nichts anderes einfällt als Israel als „Aggressor“ zu bezeichnen und die Opfer hauptsächlich auf Seiten des Libanon zu sehen. Nach und nach wird scheinbar auch vergessen wer den bestehenden und Tag für Tag mehr eskalierenden Konflikt angezettelt hat.

Ein Blick auf das ideologische Fahrtwasser, dessen Motor die islamistischen Organisationen Hizbollah wie auch die palästinensische Hamas sind, ein Wort über das feindliche Umfeld in dem der Staat Israel samt seiner Zivilbevölkerung existieren muss, das Bewusstsein darüber, warum der Staat Israel 1948 begründet wurde – dies stände einer linken, antifaschistischen Kraft wie der Linkspartei gut zu Gesicht. Der ständige Verweis darauf, dass Hamas oder Hizbollah demokratisch gewählt wurden, ändert nichts an der Tatsache, dass beide keine demokratischen Organisationen sind, sondern faschistische Strukturen, die auf dem Weg des Dschihad gegen die westliche Welt zuerst Israel den Garau machen wollen. ...

Wir fordern die Linksfraction im Deutschen Bundestag auf, sich nicht mit terroristischen Vereinigungen wie Hamas und Hizbollah zu treffen und mit diesen zu verhandeln. Wir wünschen uns einen differenzierteren Blick auf die Situation im Nahen Osten und auf das ständige in seiner Existenz bedrohte Israel, welchem schon seit seiner Gründung im Jahr 1948 der Krieg erklärt wurde.

(Zeichensetzung entspricht Original)

Vom Rotlicht bis zur Feuerwehr-Abmeldung

tionen in der NATO. Das bemängelte das Rostocker Friedensbündnis und wir fanden, dass dieser Protest mehr als berechtigt war. **PROTEST HAGELTE ES AUCH** wegen eines juristischen „Deals“. Das Wort bezeichnet einen „Handel“ und der Streit darüber war zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft ausgebrochen. In Rostock bewegt nämlich ein deftiger „Rotlicht“-Prozess die Gemüter. Unlängst hatte der angeklagte „Rotlicht“-Boss – ihm drohen mehr als zehn Jahre gesiebte Luft – angekündigt, ein Geständnis abzulegen, wenn man ihm eine mildere Strafe garantiert. Das wurde ihm denn auch versprochen, und dies wiederum trieb die Polizisten auf die Barrikade, die drei Jahre mühsam ermittelt und rund 50 Aktenordner mit belastendem Material gefüllt hatten. „Zum Spaß?“ fragen sie jetzt, und der Chef des Landeskriminalamtes teilte ihre Empörung. Der amtierende Generalstaatsanwalt soll darob erbost gewesen sein und sich gegen den – allen Ernstes – „Eingriff in die verfas-

sungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit der Justiz“ verwahrt haben.

Für uns im Unrechtsstaat Aufgewachsene sind das alltägliche Lektionen zum Thema: „Was ist ein Rechtsstaat“ ...

GANZ ANDERE SORGEN haben Schwangere in Wismar. Die bekamen bislang bei sozialer Notlage 600 Euro für Schwangerenkleidung und was man sonst noch so alles benötigt, wenn man ein Kind erwartet. Jetzt muss Wismar sparen und hat eine Variante gefunden, die das ermöglicht: Sollte eine Jungmutter innerhalb von zwei Jahren wieder ein Kind erwarten, werden ihr nur noch 400 Euro hingeblickert, denn – so die zuständigen Stadtoberen – das Schwangerenkleid müsste doch noch im Schrank hängen und die Babyutensilien können auch nicht schon verschlissen sein. Wir wanderten betroffen weiter.

UND KAMEN NACH SABNITZ, wo wir von einem rapiden Rückgang der Einwohnerzahlen erfuhren. 1990 lebten dort 13 032 Bürger. Als man 2002 in ein För-

derprogramm schlüpfen wollte, gab man 11 998 an. Tatsächlich waren es nur noch 11 468. Dann

errechnete man flink eine „Prognose“: 2004 sollten es 11 685 sein, es waren aber nur noch 10 920. Erinnern Sie sich zufällig noch an Tschitschikow? Das war eine Romanfigur Gogols. Aber wer sich nicht erinnert, muss kein allzu schlechtes Gewissen haben, denn der Roman erschien schon vor 164 Jahren. Damals gab es noch Leibeigene in Russland und wenn die starben, verpfändeten die Gutsherren gern die „toten Seelen“, denn sie wurden dann weiter in den Listen geführt und waren für manches Geschäft von Nutzen. Nein, so weit sind wir noch nicht, aber erinnern sollte man sich doch schon mal daran.

UNWEIT ANKLAM liegt Buddenhagen und in dieser Gegend erzählte man uns, dass dort die Feuerwehr geschlossen werden musste! Es ist noch nicht lange her, dass man modernes Gerätehaus in Betrieb nahm, aber „Keine Leute, keine Leute!“ Zwischen 6 und 18 Uhr müsste Buddenhagen bei einem Brand fremde Wehren rufen.

• KLAUS HUHN



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Donnerstag,, 31. August, 19 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: **50 Jahre KPD-Verbot** Mit Dr. Robert Steigerwald, Ehrevors. der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, und Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, em. Prof. für Verfassungs- und Staatsrecht. In Zusammenarbeit mit Rote Hilfe e. V. Leipzig Volkshaus, Karl-Liebknecht-Str. 30/32, Kleiner Saal im Garten

Freitag, 1. September, 19.30 Uhr, Dresden

Podiumsdiskussion zum Weltfriedenstag 2006: **Die neue Bundeswehr – Armee im Einsatz** Mit Monika Knoche, MdB, Stellv. Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Mitglied im Ausschuss für Auswärtiges, und mit Kapitän zur See Wolfgang Brasack, Leiter des Verteidigungsbezirkskommandos. Moderation: Prof. Dr. Wilfried Schreiber, Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, IPPNW Ärzte in sozialer Verantwortung, Arbeitsgemeinschaft Offene Kirchen in Sachsen, AG Frieden Dresden, Dresdner Friedensaktion, Gemeinschaft für Menschenrechte in Sachsen, u. a.

Haus der Kirche – Dreikönigskirche, Hauptstraße 23

Freitag, 1. September, 10 Uhr, Chemnitz

Weltfriedenstag. Information über die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Jakobikirchplatz

Sonnabend, 2. September, 10 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: **Deutschland und der Weltfrieden – Interessen- oder Friedenspolitik?** Mit Michael Leutert, MdB, Linke.PDS. In Zusammenarbeit mit der GBM Rothaus e. V., Lohstr. 2

Mittwoch, 6. September, 19 Uhr, Dresden

Vortrag und Diskussion: **Die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und die Widersprüche linker Politik in diesem Feld.** Mit Dr. Mario Candeias, Politologe, Jena. In Zusammenarbeit mit dem Verein Linke Bildung in Sachsen. *** Kulturrathaus, Kunstfoyer 1. OG, Königstr. 15

Freitag, 8. September, 18.30 Uhr, Leipzig

Linkes Forum Sachsen 2006: **Brauchen wir Kultur? Wenn ja, warum, wozu, für wen und in welchen Formen?** Mit Dr. Luc Jochimsen, MdB, Publizistin. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Sonnabend, 9. September, 17 Uhr, Chemnitz

Globalisiertes Chemnitz? Eine Stadtführung. Im Rahmen der „Begegnungen Brühl 2006“ wird allen Interessenten auf einem Rundgang die Auswirkung der Globalisierung vor Ort sichtbar gemacht. Treffpunkt: Brühl, „Globalisierungsladen“.

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Prof. Klaus Kinner

feiert am 1. September seinen

60. Geburtstag.

LN gratuliert ihrem Verbündeten bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung ganz herzlich.

Unser Freund

Prof. Karl Nuss

wird am 26. August

80.

Wir wünschen dir alles Beste und nach Deiner Operation natürlich wieder viel Stehvermögen.

Maxi, Edith, Kurt, Michael, Gottfried, Helmut, Eddi und noch ganz viele

Zum

75. Geburtstag

unseres Genossen

Martin Schulze

am 2. September

gratulieren wir herzlichst und wünschen Gesundheit und Wohlergehen. Wir sagen Dank für seine Lebensarbeit zum Schutze des Friedens und für die Volksbildung der DDR

Die Linkspartei.PDS-Basisgruppe Löbnig III

Das Marxistische Forum lädt ein zum Forum

„Aktuelle Tendenzen des Neofaschismus“

mit Gen. Volkmar Wölk

5. September, 18 Uhr, Liebknecht-Haus Leipzig, Braustraße 15

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im September neu bei uns:

Erich Buchholz: Unrechtsstaat DDR? Rechtsstaat BRD? Ein Jurist antwortet. Das Neue Berlin, 12,90 Euro

Waltraud Hagen, Peter Jacobs: Fidel Castro. Eine Chronik. Verlag Neues Leben, 12,90 Euro

Vasil Bilak: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der Prager Frühling aus der Sicht eines Beteiligten. Das Neue Berlin, 14,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner

Fachapotheker für

Allgemeinpharmazie

Karlsruher Straße 54

04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58

Arzneimittel-Information

Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91

Büro / Apothekenleiter

Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Sachsen

Zum Tag der Opfer des Faschismus, am **9. September**, führen wir auch in diesem Jahr eine Gedenkveranstaltung auf dem Leipziger Südfriedhof durch. Beginn der Veranstaltung: **10 Uhr**. Die Gedenkrede hält der Ehrevorsitzende des Landesvorstandes des VdN/BdA, Prof. Dr. Hans Lauter. Wir bitten alle Antifaschisten, an dieser Gedenkveranstaltung teilzunehmen.

Bürgerforum

mit den Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE

Dr. Barbara Höll und Kornelia Möller

Dienstag, **29. 8., 18.30 Uhr,**

im Stadtteilzentrum Messemagistrale,

Straße des 18. Oktober 10 a.

Themenschwerpunkt:

Hartz IV – eine neue Dimension des fortschreitenden sozialpolitischen Kahlschlages.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40

Hier könnte Ihre Kleinanzeige stehen.

Der Preis für eine private Kleinanzeige dieser Größe beträgt bei uns nur 10 Euro

BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Alternativen sind gefragt

Das Alter, ein Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und Astersprüchen, wird Gegenstand der Beratung zur 4. Seniorenpolitischen Konferenz sein.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS im Leipziger Stadtrat und der Stadtvorstand Leipzig der Linkspartei.PDS laden alle an dieser Problematik interessierten Bürger für

Mittwoch, den 13. September 2006,

von 9 bis 12.30 Uhr in das Neue Rathaus (Festsaal)

herzlich ein.

Wir dürfen die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme nicht zuzulassen. Die gegenwärtige Situation vieler Senioren sowie die der nachkommenden Generation erfordert, über andere Finanzierungswege im solidarischen Miteinander zu diskutieren.

Im Leben älterer Menschen hat sich eine grundsätzliche Wandlung vollzogen, die Konsequenzen für die kommunale Seniorenpolitik hat. Das höhere Lebensalter der Bürger ist in der Regel von Vitalität und der Fähigkeit zum Engagement auf geistigem, sozialem und politischem Gebiet geprägt.

Die ältere Generation hat durch die in ihrem Leben erbrachten Leistungen ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Wir haben am Aufbau der Stadt nach dem zweiten Weltkrieg teilgenommen, wir hatten ein langes

Arbeitsleben (ohne Arbeitslosigkeit) und eine gute Erziehung der Kinder für ein friedvolles Miteinander und gegen Faschismus und Krieg gesichert.

Auf der Konferenz am 13. September wollen wir über die seniorenpolitischen Standpunkte der Linkspartei, den Deutschen Seniorentag in Köln und über Anforderungen an die Rentenpolitik zur Verhinderung der Altersarmut beraten. Dabei müssen die Ideen zur Bekämpfung der Ursachen für die Finanzprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung im Disput mit vielen Organisationen und Vereinen zum Nutzen der Bürger koordiniert und aufeinander abgestimmt sein.

Eine rege Beteiligung vieler gesellschaftlicher Kräfte und gute Ergebnisse wünscht

• GERDA UHLIG

Merseburger Zaubersprüche

Zu den ältesten Dichtungen gehören Zaubersprüche. Es sind Beschwörungsformeln bzw. -verse, die magische Wirkungen erzielen sollen, zum Schutz der eigenen Person, zur Abwehr von Feinden oder zur Überwindung von Krankheiten. Zwei einzigartige germanisch-heidnische Zaubersprüche wurden in unserer näheren Umgebung vor 165 Jahren entdeckt.

Es sind die berühmten „Merseburger Zaubersprüche“. Sie werden so genannt, weil diese in einer theologischen Handschrift aus dem 10. Jahrhundert von Prof. Georg Waitz 1841 in der Dombibliothek Merseburg aufgefunden wurden. Das Dokument soll aus Fulda stammen.

Die zwei Zauberformeln sind in althochdeutscher Sprache verfasst und zeigen in ihrer

Versform deutlich den stoßkräftigen Stabreim (gleiche Anlaute = „Stäbe“). Man vermutet, dass ihre Entstehung bis ins 6. Jahrhundert zurückreichen könnte.

Das Besondere an den „Merseburger Zaubersprüchen“ besteht darin, dass sie ihren vorchristlichen Ursprung behielten. Denn mündlich überlieferte Zaubersprüche, besonders jene aus dem germanischen Sprachraum, wurden im Mittelalter aufgeschrieben und waren daher christlich geprägt bzw. beeinflusst. Man nimmt an, dass die „Merseburger Zaubersprüche“ im 10. Jahrhundert von einem Geistlichen, eventuell noch im Kloster Fulda, auf eine leere Seite eines kirchlichen

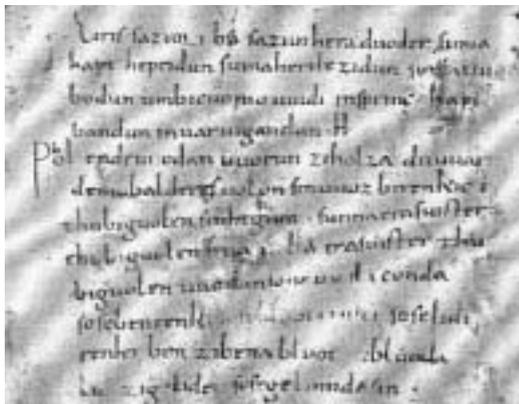
Buches in karolingischen Minuskeln eingetragen wurden. Über seine Beweggründe ist nichts bekannt.

Der 1. Spruch ist ein Lösezauber zur Befreiung eines vom Feind gefangenen Kriegers. Es wird berichtet, was göttliche Frauen dazu unternehmen. Den Schluss bildet der magische Spruch: Entspring den Fesseln, entflieh den Feinden! (*insprinc haptbandun, inuar uigandun*) Im 2.

Spruch geht es um die Heilung eines lahmen Pferdes durch Götter. Auch hier findet sich erst am Ende die magische Zauberformel in Gestalt der Worte Wodans, des Oberhauptes der germanischen Götterwelt: Bein zu Bein, Blut zu Blut, Glied zu Glied, als ob sie geleimt seien! (*ben zi bena, bluot zi bluoda, lid zi geliden, sose gelimida sin*)

Wie überliefert wird, würdigten die Brüder Grimm die Sprüche als kostbares Kleinod, das sich im Besitz der Bibliothek des Domkapitels zu Merseburg befindet, und veröffentlichten sie 1842.

Weiterführende Informationen zur Thematik kann man u. a. bei Wikipedia, der freien Enzyklopädie, übers Internet erfahren. Nach Auskunft des Merseburger Domführungsbüros zieht die Domstiftsbibliothek in das restaurierte Kapitelhaus um. Dort können die „Merseburger Zaubersprüche“ seit dem 18. August besichtigt werden. • GÜNTHER RÖSKA



Merseburger Zaubersprüche, entnommen aus Deutsche Literaturgeschichte in einem Band Volk und Wissen Berlin, 1966

Ohne Anrede, ohne Gruß

.. des Absenders erreichte mich dieser Tage eine Mail eines guten Freundes. Und wirklich, mein und sein Name vor und nach dieser ultimativen Himmelei? Nein! Das wäre Blasphemie. Oder wie es der Deutsche umständlich sagen muss, eine Verhöhnung einer Person, die allgemeine Verehrung genießt. Und dies der Text, ein Hauch ...:

Hast Du das Gesicht der russischen Leichtathletin Tatjana Lysenko gesehen? Dunkle Augen, umrahmt von schwarzem, gekräuseltem Haar. Dieses träumerische Gesicht mit der hellen Haut und einem Mund, aus dem man Verse von Puschkin, gesprochen in der herrlichen russischen Sprache, erwartet, gehört zu einem Körper, der nach rasenden vier Umdrehungen, oder sind es nur drei, den Hammer auf 76m und mehr schleudert. Ich fasse es nicht.

Ich sowieso nicht



IHRE
MILIANE MAUS

Geiselnahme: Wir können auch anders.

Entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten haben bisher unbekannte Geiselnahmer ausnahmsweise einmal ranghohe Politiker entführt. Obwohl doch jedes vorbestrafte Schulkind weiß, dass da nicht viel zu holen ist. Unter den Gekidnappten ist auch der Verkehrsminister. Ungewöhnlich in seinem Fall zu dem die Forderung der Entführer: Sie verlangen die sofortige Herausgabe des gesamten Unvermögens. Andernfalls drohen sie mit Freilassung.

• - CK



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Die CIA hat z. Z. 100 000 Mitarbeiter. Bereits im Jahre 1943 wurden Kontakte zu Nazis in Deutschland geknüpft. Nach dem Kriege wurden wichtige Nazis angestellt. Die CIA infizierte sich förmlich mit Nazis. ARTE 2. 8.

Viele Frauen sind neidisch auf ihren Mann, weil der so glücklich verheiratet ist. LVZ 4. 8.

Gibt es für den brain-train schon einen think-tank? Reporterfrage im DLF 8. 8.

Die Uni-Klinik Bonn kassiert von den Piloten der Notfall-Hubschrauber bei jeder Landung auf dem Klinikgelände 50 Euro Landegebuhr.

Die Bettenzahl in deutschen Krankenhäusern ist in 10 Jahren um 14 Prozent gesenkt worden.. An der Klinikpforte entscheiden zunehmend Betriebswirte, was die Ärzte tun sollen. ZDF 8. 8.

Indien gilt als neuer Verbündeter

der USA. Die sehen es als Speerspitze gegen China. Die USA liefern Indien spaltbares Material zum Bau von Atomwaffen, von denen das Land bereits welche besitzt.

Auf der Welt läuft die Atom-Ausrüstung. Die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Nutzung sind fließend. Der Atomwaffen-Sperrvertrag geht z. Z. kaputt. 3sat 10. 8.

Der neu angestellte Mathematiklehrer muß Physik mit unterrichten, obwohl er das nicht studiert hat. Er weiß nicht, was im vorangegangenen Schuljahr gelehrt wurde. Die Geräte, die ihm gezeigt werden, die er nicht kennt, sind so alt wie er. Reportage vom Schuljahresbeginn an einer Kölner Schule. DLF 12. 8.

Die CDU hat seit Regierungsantritt über 10 000 Mitglieder verloren. ARD 14. 8.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Anzeige

BÜROMÖBEL
www.buero-richter.de

Es war die Nachtigall ...

... und nicht die Lerche, beruhigte Julia ihren Romeo. Zwar hinkt der nun anzustellende Vergleich, weil die aktuellen Protagonisten beileibe kein Liebespaar sind.

Aber der Reihe nach: Am 14. August las der darob reichlich verwirrte (oder in die Irre zu führende) Leser in der LVZ über den Millionen-Nachschlag beim City-Tunnel: „Nach einem Exklusiv-Bericht der LVZ hatte Sachsens Wirtschaftsminister Thomas Jurk (SPD) einräumen müssen, dass die prognostizierten 572 Millionen Euro ... bei weitem nicht ausreichen...“. Und am 18. August schob die Zeitung nach, damit über die Exklusivität ja kein Zweifel aufkommt: „Seit die LVZ den Kostenverteilungsvertrag zwischen der Stadt Leipzig und dem Freistaat Sachsen zum City-Tunnel ...“

Das Detail der Kostenverteilung mag die LVZ ja inzwischen recherchiert haben. Doch den Skandal angeschoben hat sie nicht, schon gar nicht exklusiv. Es war die PDS und nicht die LVZ. • MX

**Leipzigs
NEUE**

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. August 2006
Die nächste Ausgabe erscheint am 8. September 2006

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40